

Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland bleibt verhalten*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Kiel Economics**

Im Sommer 2015 hat der Abschwung in China (vgl. Kasten 1) die Weltwirtschaft in Turbulenzen gestürzt. Aktienkurse und Erdölpreise gaben stark nach, ebenso wie die Währungen großer Schwellenländer. Die nicht mehr so dynamische Nachfrage aus China und niedrige Weltmarktpreise setzen der Wirtschaft wichtiger Rohstoff-exporteure schon seit einiger Zeit zu. Für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften stehen die Chancen dagegen gut, dass sie trotz der Wachstumsschwäche in den Schwellenländern (vgl. Kasten 2) auf ihrem moderaten Expansionskurs bleiben werden.

Derweil befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem verhaltenen Aufschwung. Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten hat im Frühjahr zugenommen und dürfte nun in etwa normal sein. Die Erwerbstätigkeit ist weiter gestiegen, wenn auch seit Mitte vergangenen Jahres etwas langsamer als im Durchschnitt der Zeit seit Überwindung der Rezession 2008/2009. Bei alledem ist der Verbraucherpreisanstieg kaum nennenswert; hier wirkt sich der Verfall der Weltmarktpreise für Rohstoffe aus. Im weiteren Jahresverlauf dürfte das Exportgeschäft an Schwung verlieren, die inländische Verwendung aber wieder etwas stärker zulegen.

Der deutsche Arbeitsmarkt wird zunehmend von Migration beeinflusst (vgl. Kasten 5). In diesem Jahr spielt auch die hohe Zahl von Flüchtlingen eine Rolle. Eine Überschlagsrechnung ergibt, dass im Jahr 2015 möglicherweise knapp ein Viertel des Wanderungssaldos Deutschlands in Höhe von insgesamt 750 000 Personen auf Flüchtlinge zurückzuführen sein wird. Daraus resultiert eine Zunahme der Personen im erwerbsfähigen Alter, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, um etwa 128 000.

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, öffentliche Finanzen, Deutschland, Arbeitsmarkt

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für Deutschland in den Jahren 2015 und 2016

	2014	2015	2016
reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
private Konsumausgaben	0,9	1,8	1,7
Staatskonsum	1,7	2,0	1,8
Anlageinvestitionen	3,5	2,7	2,8
Ausrüstungen	4,5	4,5	3,8
Bauten	2,9	1,5	2,4
sonstige Anlagen	3,1	2,7	1,8
Vorratsinvestitionen ^a	-0,3	-0,6	0
Inlandsverwendung	1,3	1,4	1,9
Außenbeitrag ^a	0,4	0,5	-0,1
Exporte	4,0	6,2	3,6
Importe	3,7	6,0	4,4
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,8	1,7
<i>nachrichtlich:</i>			
Welthandel	3,5	1,6	3,3
USA	2,4	2,6	2,7
Euroraum	0,8	1,4	1,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsvolumen, geleistet	1,2	0,7	0,5
Tariflöhne je Stunde	3,0	2,3	2,5
Effektivlöhne je Stunde	2,1	2,4	2,3
Lohnstückkosten ^b	1,7	1,3	1,0
Verbraucherpreisindex	0,9	0,3	0,8
in 1 000 Personen			
Erwerbstätige (Inland)	42 703	42 897	43 070
Arbeitslose ^c	2 898	2 790	2 691
<i>in %</i>			
Arbeitslosenquote ^d	6,4	6,1	5,9
Arbeitslosenquote BA ^e	6,7	6,4	6,1
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP)			
Finanzierungssaldo des Staates	0,3	0,7	0,4
Leistungsbilanzsaldo	7,4	8,4	8,5

^a Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponente). – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; ab 2015: eigene Prognose (Stand: 10.09.2015).

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 35/2015 am 10. September 2015 veröffentlicht.

** Hans-Ulrich Brautzsch, Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Martina Kämpfe, Konstantin Kiesel, Axel Lindner, Brigitte Loose, Jan-Christopher Scherer, Birgit Schultz, Götz Zeddies (alle IWH), Peter Hennecke, Carsten-Patrick Meier (Kiel Economics).

Internationale Konjunktur: Abschwung in China bringt Finanzmärkte in Turbulenzen

Im Sommer 2015 haben sich die weltwirtschaftlichen Aussichten deutlich eingetrübt: Aktien haben in den Monaten Juli und August weltweit etwa 6% ihres Wertes eingebüßt,¹ und die Unsicherheit über die künftige Wertentwicklung ist stark gestiegen. Gemessen an der impliziten Volatilität der Indizes ist sie kaum geringer als während der Eurokrise in den Jahren 2011 und 2012. Der Ölpreis brach seit Juli von 60 auf zwischenzeitlich 45 US-Dollar pro Barrel (Sorte Brent) ein, der russische Rubel verlor gegenüber dem US-Dollar etwa 25% und der brasilianische Real etwa 15%.

Hauptauslöser dieser massiven Kursbewegungen war der Absturz der Bewertungen chinesischer Aktien (um etwa 30%) seit Anfang Juni. Offensichtlich hat sich an den Finanzmärkten die Überzeugung durchgesetzt, dass das seit einigen Jahren beobachtete Nachlassen der Wachstumsdynamik Chinas in einen konjunkturellen Abschwung übergegangen ist (vgl. Kasten 1). Dabei war der Bewertungsverlust an sich wohl gar nicht der entscheidende Faktor; das Kursniveau von Ende August entspricht immerhin noch dem vom Frühjahr vergangenen Jahres. Die chinesische Wirtschaftspolitik vermittelt aber den Eindruck, keine rechten Mittel zur Eindämmung der Turbulenzen zu haben. So konnten regulatorische Eingriffe in den Aktienmarkt, Aktienkäufe von Staatsbanken, eine Leitzinssenkung (die fünfte seit November 2014) und die Abwertung des Renminbi (in zwei Schritten um insgesamt 4½% gegenüber dem US-Dollar) den Kurssturz nicht beenden. Allerdings dürfte der chinesische Staat über genügend finanzielle Reserven verfügen, um den Ausbruch einer großen Finanzkrise zumindest vorläufig zu verhindern. Das Ziel eines gesamtwirtschaftlichen Wachstums von 7% für das laufende Jahr dürfte allerdings deutlich verfehlt werden.

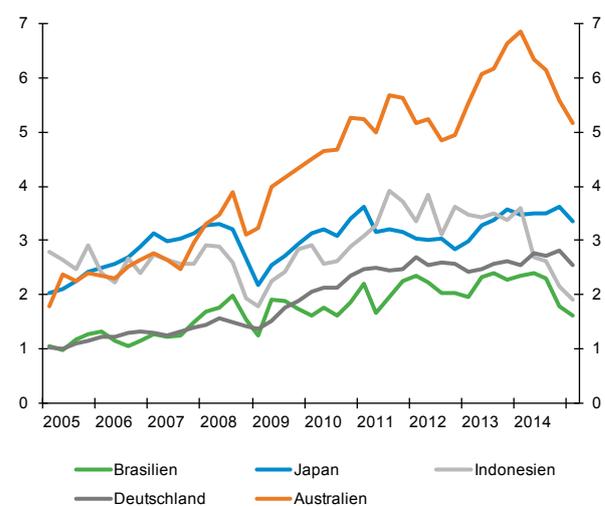
Die starke Reaktion der internationalen Finanzmärkte auf die Signale eines Abschwungs in China kommt nicht von ungefähr. In den vergangenen drei Jahren entfiel deutlich über ein Drittel der weltwirt-

schaftlichen Produktionsausweitung auf das Reich der Mitte, und reichlich 10% der weltweiten Warenimporte gingen im vergangenen Jahr nach China. Besonders wichtig ist die chinesische Nachfrage für Rohstoffexporteure. Schon im Verlauf des vergangenen Jahres haben wichtige Vertreter dieser Ländergruppe wie Australien, Indonesien und Brasilien erhebliche Einbußen in ihrem Export nach China hinnehmen müssen; Länder mit einer Spezialisierung auf Industriegüter sind hingegen nicht so stark betroffen (vgl. Abbildung 1). Der Unterschied ist auch darin begründet, dass Rohstoffpreise relativ zu denen von Industriegütern seit einiger Zeit in der Tendenz sinken, nicht zuletzt aufgrund der Erwartung der Händler, dass die Nachfrage Chinas nach Industrierohstoffen und Energie künftig langsamer zulegen wird als im vergangenen Jahrzehnt. Auch deshalb müssen die großen Rohstoffexporteure Russland und Brasilien gegenwärtig tiefe Rezessionen durchstehen. Damit ist von den großen Schwellenländern gegenwärtig nur Indien in wirtschaftlich recht guter Verfassung – ein Befund, der nicht nur konjunkturelle Ursachen hat (vgl. Kasten 2).

Abbildung 1:

Warenausfuhren nach China relativ zum Bruttoinlandsprodukt des Exportlandes

in %



IWH/Kiel Economics

Quellen: International Monetary Fund (IMF): Direction of Trade Statistics, World Economic Outlook Data Base; eigene Darstellung.

¹ Gemessen am MSCI World All Cap Index.

Kasten 1:

China im Abschwung

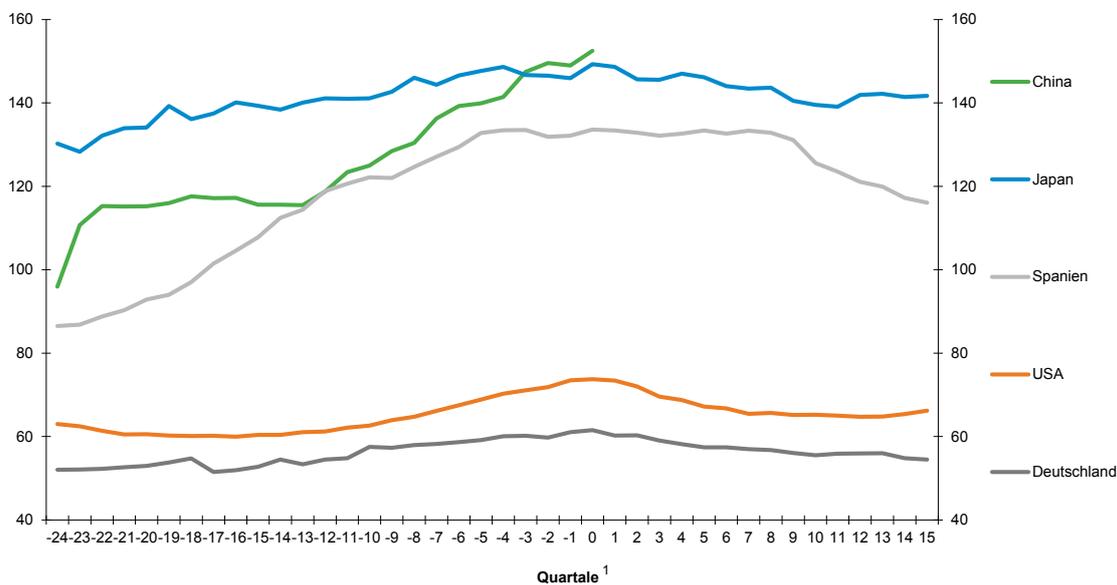
Der Einbruch der Kurse an den chinesischen Aktienmärkten seit Juni dieses Jahres hat auf den Weltfinanzmärkten erhebliche Turbulenzen ausgelöst, vor allem weil ein Abschwung der für die Weltkonjunktur so wichtigen Wirtschaft Chinas befürchtet wird. Zwar entsprach die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Halbjahr 2015 laut amtlicher Statistik genau der politischen Zielvorgabe eines realwirtschaftlichen Wachstums von etwa 7%: In beiden Quartalen lag sie um 7% höher als im Vorjahreszeitraum. Manches deutet aber darauf hin, dass die amtliche Statistik die konjunkturelle Dynamik überschätzt hat. So lag die gesamtwirtschaftliche Produktion nominal nur um 6,5% über dem Vorjahreswert; das Preisniveau müsste demnach gesunken sein. Das ist allerdings wenig wahrscheinlich, denn die Konsumentenpreise lagen um 1,2% höher, obwohl sie durch den Fall der Preise für importierte Energieträger viel stärker gedrückt wurden als der Preisindex für die heimische Produktion. Vermutlich ging ein Teil des nominalen Produktionswachstums also auf höhere Preise zurück, und das realwirtschaftliche Wachstum war schon zu Jahresanfang niedriger als ausgewiesen. Dafür spricht auch die niedrige Dynamik der Industrieproduktion sowie der mit ihr eng korrelierenden Indikatoren wie der Stromverbrauch und das Frachtvolumen des Schienenverkehrs.

Allerdings steht der deutlich nachlassenden Dynamik des industriellen Sektors eine etwas stärkere Dynamik der Dienstleistungen gegenüber. Dies entspricht dem Ziel der chinesischen Wirtschaftspolitik, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Konsumgütern (mit ihrem hohen Dienstleistungsanteil) auf Kosten von Investitionen in Sachkapital zu stärken, denn diese haben einen übergroßen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, im Jahr 2014 nicht weniger als 46%. Dass dieser Wert nicht nachhaltig sein kann, zeigt sich an der sinkenden Profitabilität von Investitionsprojekten in China und im Fall der Wohnungsbauinvestitionen an dem in letzter Zeit stark gestiegenen Häuserleerstand.

Abbildung 2:

Kredite in China

Volumen der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen, relativ zum Bruttoinlandsprodukt in %



IWH/Kiel Economics

¹ Quartale vor und nach dem jeweiligen Höchststand (China 2014Q4, Spanien 2010Q2, Japan 1994Q4, USA 2009Q1, Deutschland 2003Q2).

Quellen: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich; National Bureau of Statistics of China; Cabinet Office of Japan; Bureau of Economic Analysis; Eurostat.

Die allzu hohe Investitionsquote ist letztlich eine Folge von Steuerungsproblemen der chinesischen Wirtschaftspolitik: Die Umlenkung der Nachfrage hin zum Konsum kommt vor allem deshalb so langsam voran, weil das Ziel einer gleichmäßig hohen Auslastung der Produktionskapazitäten politisch einen noch höheren Stellenwert

besitzt. Dieses Ziel ist in den vergangenen Jahren wiederholt durch eine Förderung der Investitionstätigkeit erreicht worden, denn hier hat die Regierung rasch wirksame Mittel zur Hand, von der Lockerung regulatorischer Vorschriften bis zu direkten Weisungen an Unternehmen der öffentlichen Hand. Insbesondere in der Großen Rezession des Jahres 2009 hat der Finanzsektor seine Vergabe von Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen auf Wunsch der Politik stark ausgeweitet. Danach setzte sich die Kreditfinanzierung von Investitionen in nur wenig vermindertem Tempo fort, vor allem zugunsten von Staatsunternehmen. Das hat auch ordnungspolitische Gründe: Weil der Staat bis zum heutigen Tag kaum je größere Insolvenzen oder Ausfälle von Schuldverschreibungen zulässt, stellen Gläubiger die Risiken ihrer Kreditvergabe trotz sinkender Rentabilität der Projekte kaum in Rechnung. Wird die stark gestiegene Verschuldung von Infrastruktur- und Immobilienentwicklern im Eigentum von regionalen Gebietskörperschaften der Verschuldung des Unternehmenssektors zugeschlagen, ergibt sich eine Verschuldungsquote von etwa 150% relativ zum Bruttoinlandsprodukt, ein auch im internationalen Vergleich ausgesprochen hoher Wert (vgl. Abbildung 2). Andersorts – etwa in Spanien ab dem Jahr 2008 – mündete eine Kreditexpansion von solcher Dynamik in eine Krise des Finanzsystems. China hat gute Chancen, einer akuten Finanzkrise wie in Spanien zu entgehen, weil der Staat über erheblich größere Eingriffsmöglichkeiten verfügt, etwa was die Geldpolitik betrifft. Auch ist die internationale Vermögensposition des Landes (mit Nettoauslandsforderungen von ungefähr 15% relativ zum chinesischen Bruttoinlandsprodukt) ausgezeichnet. Es darf aber bezweifelt werden, dass es in den kommenden Jahren gelingen wird, den kreditfinanzierten Investitionsboom auslaufen zu lassen und gleichzeitig einen konjunkturellen Abschwung zu vermeiden. In der vorliegenden Prognose wird mit einem gesamtwirtschaftlichen Zuwachs in China von 6,4% im Jahr 2015 gerechnet. Im kommenden Jahr könnte der Zuwachs dann 6,1% betragen.

Kasten 2:

Trendwachstum großer Schwellenländer verlangsamt sich weiter

Die weltwirtschaftlichen Aussichten haben sich aufgrund der Anzeichen für einen deutlichen Abschwung in China und wegen der tiefen Rezessionen in Brasilien und Russland eingetrübt. Von den vier großen Schwellenländern (BRIC) ist damit gegenwärtig nur Indien wirtschaftlich in relativ guter Verfassung. Die Probleme der Schwellenländer sind dabei nur zum Teil konjunktureller oder (wie in Russland) politischer Natur. Das Trendwachstum sinkt in dieser Ländergruppe (wieder mit Ausnahme Indiens) etwa seit Ende des vergangenen Jahrzehnts. Das zeigen Berechnungen zum Produktionspotenzial der Länder mit Hilfe des internationalen Konjunkturmodells des IWH^a (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:
Produktionspotenzial in den BRIC-Ländern
 in %

	trendmäßiges Wachstum reales BIP					tatsächlich
	2000 bis 2004	2005 bis 2009	2010 bis 2014	2015 bis 2019	2020 bis 2024	2014
Brasilien	2,7	4,2	2,6	1,5	1,7	0,2
China	9,5	11,2	8,4	6,2	4,6	7,4
Indien	6,4	8,1	7,0	6,5	6,2	7,2
Russland	6,5	5,0	1,4	0,8	1,7	0,6
	trendmäßiges Wachstum Arbeitsproduktivität					tatsächlich
	2000 bis 2004	2005 bis 2009	2010 bis 2014	2015 bis 2019	2020 bis 2024	2014
Brasilien	0,0	1,6	0,8	0,5	0,8	-1,3
China	8,6	10,7	8,0	5,9	4,6	7,0
Indien	4,0	5,9	5,1	4,8	4,7	5,4
Russland	5,4	4,2	1,0	1,3	2,7	0,4
	trendmäßiges Wachstum Erwerbstätige					tatsächlich
	2000 bis 2004	2005 bis 2009	2010 bis 2014	2015 bis 2019	2020 bis 2024	2014
Brasilien	2,7	2,6	1,8	1,0	0,9	1,5
China	0,8	0,5	0,4	0,2	0,0	0,4
Indien	2,3	2,1	1,8	1,6	1,4	1,7
Russland	1,0	0,8	0,4	-0,5	-1,0	0,2

Quellen: Nationale Statistische Ämter; eigene Berechnungen.

Die Potenzialrate kann in eine Rate der Arbeitsproduktivität und eine trendmäßige Veränderungsrate des Arbeitseinsatzes (gemessen an der Erwerbstätigenzahl) zerlegt werden. Die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität und die Erwerbstätigenquote werden zunächst jeweils mit Hilfe eines univariaten Zeitreihenmodells fortgeschrieben. Die Trendkomponenten werden anschließend mit Hilfe des Hodrick-Prescott-Filters ermittelt. Daraus ergibt sich unter Berücksichtigung von Bevölkerungsprognosen das Trendwachstum des realen BIP.

Es zeigt sich, dass die Zunahme der Arbeitsproduktivität in den BRIC-Ländern und besonders deutlich in China im Trend sinkt. Je kleiner der Abstand zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird, desto schwieriger sind Produktivitätsfortschritte zu erreichen. Allerdings ist auch eine Verlangsamung des Zuwachses an Erwerbstätigen eine wichtige Ursache für das nachlassende Trendwachstum. In Russland geht der Arbeitseinsatz bereits gegenwärtig zurück, für China legen Bevölkerungsprognosen mittelfristig einen Rückgang nahe. Es ist also wahrscheinlich, dass sich der Rückgang der Wachstumsdynamik in den großen Schwellenländern, mit Ausnahme Indiens, auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird.

^a Vgl. Holtemöller, O.; Lindner, A.; Giesen, S.: Internationale Konjunkturprognose und konjunkturelle Stressszenarien für die Jahre 2012 bis 2014. IWH Online 1/2013. Halle (Saale) 2013.

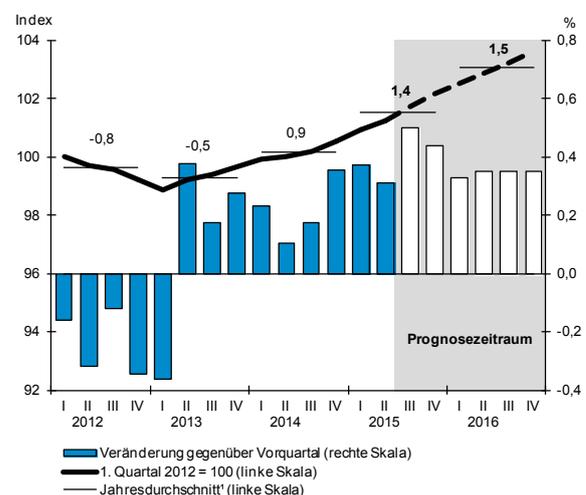
Konjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nach wie vor stabil

Anders als in den meisten Schwellenländern scheint die Konjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften recht stabil, auch wenn das Expansions-tempo nur moderat ist.

In den USA hat sich die wirtschaftliche Dynamik nach einem schwächeren Start in das Jahr zuletzt beschleunigt, die Produktion stieg im zweiten Quartal mit einer aufs Jahr hochgerechneten Rate von 3,7%. Insgesamt war die Expansion im ersten Halbjahr jedoch etwas langsamer als im Durchschnitt des Jahres 2014. Impulse kamen von den privaten Investitionen, die bei guter Auftragslage auch über den Prognosehorizont robust zulegen dürften, und zuletzt ebenso von den Exporten. Deren kräftiger Anstieg dürfte allerdings vor allem auf den Sondereffekt der Wiedereröffnung wichtiger Häfen nach längeren Streiks zurückzuführen sein. Ansonsten gehen vom starken US-Dollar dämpfende Effekte auf die Ausfuhren aus. Real-effektiv hat er seit Anfang 2014 um mehr als 13% aufgewertet. Trotzdem stellt sich die wirtschaftliche Situation recht kräftig dar. Die Arbeitslosenquote liegt mit derzeit 5,1% nun innerhalb des Bereichs von 5,0% bis 5,2%, den die Notenbank als gleichgewichtig ansieht. Es wird deshalb erwartet, dass die Notenbank noch in diesem Jahr damit beginnen wird, die Leitzinsen von nahe null anzuheben. Die Anpassung

der Zinsen dürfte graduell erfolgen, sodass von der Geldpolitik keine allzu dämpfenden Effekte auf die Konjunktur in den USA zu erwarten sind.

Abbildung 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saisonbereinigter Verlauf



IWH/Kiel Economics

¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 3. Quartal 2015: eigene Prognose.

Die Wirtschaft im Euroraum expandiert seit Herbst 2014 mit einer aufs Jahr hochgerechneten Rate von knapp 1½% (vgl. Abbildung 3) und damit etwas schneller, als ihr Produktionspotenzial gegen-

Kasten 3:

Monetäre Rahmenbedingungen im Euroraum

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat das im Januar beschlossene erweiterte Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded asset-purchase program, EAPP) wie geplant fortgesetzt. Dazu kauft sie jeden Monat Wertpapiere des öffentlichen und privaten Sektors, gedeckte Schuldverschreibungen und *asset backed securities* im Gesamtumfang von durchschnittlich 60 Mrd. Euro. Zusammen mit den anderen geldpolitischen Maßnahmen dürfte dies zu einer kurzfristigen Stabilisierung der Inflationserwartungen beigetragen haben. Die umfragebasierten Maße zeigen hier von Mitte Februar bis Mitte Mai einen Anstieg um 0,2 Prozentpunkte für die erwartete Inflation in einem bzw. zwei Jahren (auf 1% bzw. 1,4%). Ein noch stärkerer Anstieg – um mehr als 0,4 Prozentpunkte – war für den gleichen Zeitraum bei den marktbasierenden Maßen zu verzeichnen. Ob die geldpolitischen Maßnahmenpakete allerdings ausreichend sind, um die Änderungsrate der Preise wieder an das Inflationsziel von nahe, aber unter 2% heranzuführen, bleibt abzuwarten. Denn im Juni und Juli fiel die Inflationsrate mit 0,2% wieder etwas geringer als zuvor aus. Auch das Signal seitens der aktuellen Inflationserwartungen ist zweideutig. Einem Anstieg der umfragebasierten Erwartungen steht ein Fall der marktbasierenden gegenüber.

Die Geldmenge M3 wächst weiterhin mit einer Rate von über 6%; eine Entwicklung, die maßgeblich vom Wachstum der Geldmenge M1 geprägt ist. Vergebene Kredite an Unternehmen stiegen im Juni gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,1%, jene an Haushalte um 1,7%. In beiden Kategorien sind dies die höchsten Werte seit drei Jahren.

Der Interbankenmarkt ist geprägt von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRGs) und umfangreichen Aufkaufprogrammen der EZB, welche zu einer reichlichen Versorgung der Banken mit Liquidität führen. Dies macht sich einerseits in der Höhe der von den Banken bei der EZB gehaltenen Überschussreserven bemerkbar. So haben letztere inzwischen einen Umfang von 464 Mrd. Euro erreicht. Andererseits verringert die Liquidität das Zinsniveau am Interbankenmarkt. Nachdem unbesichertes Tagesgeld (EONIA) eine bereits negative Rendite aufwies, ist seit Mitte April nun auch der Zinssatz für unbesichertes Dreimonatsgeld (EURIBOR) im Minusbereich. Derzeit beträgt er -0,025%. Auch für den Prognosezeitraum ist aufgrund der anhaltenden geldpolitischen Sondermaßnahmen mit Negativ- oder Nullzinsen zu rechnen.

Die Kreditzinsen im Euroraum sind in nahezu allen Bereichen rückläufig. So fielen die Zinsen für neu aufgenommene Konsumentenkredite im Juni erneut auf das historisch niedrige Niveau von 6,4%. Kredite für den Wohnungsbau haben sich noch einmal verbilligt und liegen nun bei 2,3%. Auffallend niedrig sind mit aktuell 2% zudem die Zinsen für Kredite an Unternehmen (nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften). Sie befinden sich seit März in einer Seitwärtsbewegung. Es ist zu erwarten, dass die günstigen Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte im Prognosezeitraum tendenziell fortauern werden. Da die Banken im Rahmen des Bank Lending Survey für die nächsten Monate aber strengere Kreditrichtlinien und eine leichte Abnahme bei der Nachfrage erwarten, sind auch etwas weniger günstige Finanzierungsbedingungen nicht auszuschließen.

Auf den Kapitalmärkten stiegen die Renditen von Staatsanleihen sowie AAA- und BBB-bewerteter Unternehmen zu Beginn des zweiten Quartals deutlich. Dies hat sich inzwischen zwar leicht revidiert, die Renditen befinden sich aber immer noch auf einem Niveau, welches zuletzt im November 2014 zu beobachten war. Die Gründe für diese Verkaufswellen sind wohl vielfältiger Art. Neben einer Überbewertung von Staatsschuldtiteln und einseitigen Marktpositionierungen im Vorfeld der EZB-Staatsanleihenkäufe dürfte auch die von vielen erwartete wirtschaftliche Erholung eine Rolle gespielt haben. Auch mögen höhere Emissionsvolumina das Angebot von Staatsanleihen erhöht und die Kurse gedrückt haben. Derzeit rentieren zehnjährige Staatsanleihen von Staaten im Euroraum bei 0,8%. AAA- und BBB-bewertete Unternehmen erfahren Zinskosten in Höhe von 1,4% und 1,6%. Es ist damit zu rechnen, dass sich Staaten und Unternehmen im Euroraum in diesem und im nächsten Jahr weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau werden refinanzieren können. Insgesamt bleiben die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum günstig.

wärtig zulegen dürfte. Das im Frühjahr von der Europäischen Zentralbank (EZB) gestartete Programm umfangreicher Wertpapierkäufe hat die Konjunktur allerdings nicht weiter kräftigen können. So sind die Renditen für Staatspapiere im zweiten Quartal sogar recht deutlich gestiegen, und der US-Dollarkurs des

Euro hat seit März etwas (von 1,05 auf 1,12 US-Dollar je Euro Anfang September) zugelegt. Freilich sind Renditen und Risikoprämien im langjährigen Vergleich weiter sehr gering, und der Euro ist real effektiv niedrig bewertet. Zudem sinken die Kreditzinsen für nichtfinanzielle Unternehmen nunmehr seit

Tabelle 2:

**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euro-
raum**

	2014	2015	2016
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
reales Bruttoinlandsprodukt	0,8	1,4	1,5
privater Konsum	1,0	1,5	1,5
öffentlicher Konsum	0,6	0,9	0,7
Bruttoanlageinvestitionen	1,1	1,6	2,8
inländische Verwendung	0,8	1,4	1,5
Exporte ^a	3,8	4,2	4,2
Importe ^a	4,0	4,5	4,4
Außenbeitrag ^b	0,0	0,0	0,0
Verbraucherpreise ^c	0,4	0,1	0,9
Lohnstückkosten ^d	1,1	1,2	1,2
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Budgetsaldo ^e	-2,4	-2,2	-2,1
Leistungsbilanzsaldo	2,3	2,9	3,0
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote ^f	11,6	11,0	10,5

^a Einschließlich Intrahandel. – ^b Wachstumsbeitrag. – ^c Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^d Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – ^e Gesamtstaatlich. – ^f Standardisiert.

Quellen: Eurostat; eigene Prognose.

über einem Jahr. Die finanziellen Rahmenbedingungen sind also mittlerweile nicht nur in Deutschland recht günstig (vgl. Kasten 3). Davon profitieren auch die öffentlichen Haushalte. Die Defizitquote ist im Euroraum im ersten Quartal 2015 leicht gesunken, bei gegenwärtig alles in allem konjunkturneutraler Finanzpolitik. Auch wegen der seit Juni wieder gesunkenen Energiekosten liegt die jährliche Inflationsrate weiterhin nur knapp über null. Die Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel ist im Frühjahr jedoch gestiegen und betrug im August 0,9% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Mit einer solchen Rate dürfte auch der Gesamtindex der Verbraucherpreise im Jahr 2016 zulegen (vgl. Tabelle 2). Die stark gefallen Energiekosten und die – wenn auch nur sehr allmähliche – Besserung der Arbeitsmarktlage haben die real verfügbaren Einkommen zu Beginn des Jahres recht deutlich (um knapp 1%) steigen lassen. Dass sich die Erholung dennoch nicht zu einem stärkeren Aufschwung kräftigt, liegt vor allem an den

nach wie vor in vielen Ländern hohen Schuldenlasten von öffentlichem Sektor, Unternehmen und privaten Haushalten. Zudem ist die Erholung des Euroraums in Frankreich immer noch nicht ganz angekommen: Die Rezession des Immobiliensektors hält dort weiter an, und die Arbeitslosigkeit sinkt nicht (vgl. Tabelle 3). Es darf auch bezweifelt werden, ob die vorsichtige Liberalisierung von Teilen der Arbeitsmarktgesetzgebung im Sommer der Beschäftigung in Frankreich wesentliche Impulse geben kann.

**Ausblick: Gedämpfte weltwirtschaftliche
Expansion, aber kein Absturz**

Alles in allem stehen die Chancen gut, dass die fortgeschrittenen Volkswirtschaften trotz des Abschwungs in China auf ihrem moderaten Expansionskurs bleiben werden. Wo China aber ein besonders wichtiger Wirtschaftspartner ist, also in Japan, Korea und auch in Deutschland, dürften im Jahresverlauf sinkende Exporteinnahmen und Gewinne von chinesischen Tochterunternehmen die Konjunktur ein Stück weit dämpfen. Deutlich müssen die Prognosen für das Expansionstempo in den Schwellenländern reduziert werden. Nach der vorliegenden Prognose dürfte die Produktion weltweit im Jahr 2015 um 2,6% und damit etwas langsamer als im Jahr 2014 zulegen.² Im Jahr 2016 beträgt die Zuwachsrate dann nach vorliegender Prognose 2,8% (vgl. Tabelle 4). Der Weltmarkt dürfte im Jahr 2015 nur um 1,6% expandieren und im Jahr 2016 um 3,3%.

Die konjunkturellen Hauptrisiken liegen in der unklaren Wirtschaftslage in China, daneben aber auch in der Möglichkeit, dass der Fall der Rohstoffpreise zusammen mit den zu erwartenden Leitzinserhöhungen in den USA zu einem Abzug von Kapital aus rohstoffexportierenden Schwellenländern führt, der diese finanziell destabilisieren könnte.

² Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2014 in US-Dollar gewichtet wurden. Nach dem Konzept des Internationalen Währungsfonds, der einen weiteren Länderkreis berücksichtigt und die Zuwachsraten der Länder mit Kaufkraftparitäten gewichtet, entspricht die vorliegende Prognose einer weltwirtschaftlichen Zuwachsrate von 3,3% im Jahr 2015 und 3,6% im Jahr 2016.

Tabelle 3:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Europäischen Union

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ^a			Verbraucherpreise ^b			Arbeitslosenquote ^c		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Deutschland	20,9	1,6	1,8	1,7	0,8	0,2	0,7	5,0	4,8	4,6
Frankreich	15,4	0,2	0,9	0,9	0,6	0,2	1,0	10,3	10,3	10,1
Italien	11,6	-0,4	0,7	1,2	0,2	0,1	0,8	12,7	12,2	11,6
Spanien	7,6	1,4	2,8	2,6	-0,2	-0,3	1,0	24,5	22,3	20,5
Niederlande	4,7	1,0	1,8	1,7	0,3	0,5	1,3	7,4	6,9	6,9
Belgien	2,9	1,1	1,2	1,4	0,5	0,4	1,5	8,5	8,6	8,6
Österreich	2,4	0,4	0,7	1,2	1,5	1,0	1,6	5,6	5,8	5,9
Finnland	1,5	-0,4	-0,5	0,6	1,2	0,4	1,3	8,7	9,6	10,3
Irland	1,3	4,8	4,8	3,1	0,3	0,0	1,2	11,3	9,6	9,3
Griechenland	1,3	0,8	0,5	-0,8	-1,4	-1,3	-0,1	26,5	25,3	24,0
Portugal	1,2	0,9	1,5	1,6	-0,2	0,4	0,8	14,1	12,5	11,3
Slowakei	0,5	2,4	3,0	3,1	-0,1	0,0	1,4	13,2	11,8	10,9
Luxemburg	0,3	5,6	4,4	3,0	0,7	0,7	2,0	6,0	5,7	5,7
Slowenien	0,3	2,6	2,4	2,2	0,4	-0,1	1,2	9,7	9,1	8,9
Litauen	0,3	2,9	1,4	2,7	0,2	-0,3	2,0	10,7	9,5	9,1
Lettland	0,2	2,4	2,5	2,6	0,7	0,7	2,0	10,8	9,9	9,8
Estland	0,1	2,1	1,7	2,5	0,5	0,2	2,1	7,4	6,1	5,9
Zypern	0,1	-2,3	1,7	1,8	-0,3	-0,9	0,8	16,1	16,2	16,0
Malta	0,1	3,5	2,9	2,5	0,8	1,2	1,8	5,9	5,3	5,3
Euroraum insgesamt	66,0	0,9	1,4	1,5	0,4	0,1	0,9	11,6	11,0	10,5
Euroraum ohne Deutschland	48,7	0,6	1,3	1,4	0,3	0,1	1,0	14,0	13,2	12,6
Großbritannien	13,5	3,0	2,5	2,6	1,5	0,0	1,0	6,1	5,5	5,2
Schweden	2,1	2,3	2,8	2,7	0,2	0,1	1,3	7,9	7,4	7,1
Polen	7,2	3,4	3,5	3,2	0,1	-0,7	1,4	9,0	7,6	7,2
Dänemark	1,2	1,1	1,6	1,6	0,3	0,5	1,5	6,6	6,2	6,1
Tschechien	2,2	2,0	4,0	2,4	0,4	0,4	1,6	6,1	5,2	4,8
Rumänien	3,8	2,8	3,3	3,3	1,4	-0,2	0,4	6,8	6,8	6,7
Ungarn	1,8	3,6	2,8	2,4	0,0	0,2	2,4	7,7	7,0	6,6
Bulgarien	1,4	1,7	2,3	2,4	-1,6	0,3	1,3	11,4	9,5	8,7
Kroatien	0,8	-0,4	0,4	1,4	0,2	0,0	1,2	17,3	15,6	14,2
MOE-Länder ^d	20,0	2,8	3,1	2,8	0,3	-0,2	1,4	8,9	7,9	7,5
EU 28 ^e	100,0	1,4	1,8	1,8	0,6	0,1	1,0	10,2	9,5	9,1

^a Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie Deutschland – nicht. – ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Standardisiert. – ^d Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien. – ^e Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2014 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2014.

Quellen: Internationaler Währungsfonds (IWF); ab 2015: eigene Prognose.

Tabelle 4:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Europa	33	1,4	1,3	1,7	1,8	1,6	1,8	-	-	-
EU 28	27,2	1,3	1,8	1,8	1,0	0,1	1,0	10,2	9,5	9,1
Schweiz	1,0	2,0	0,9	0,9	0,0	-1,2	-0,2	4,4	4,5	4,6
Norwegen	0,7	2,2	1,2	0,5	2,0	1,9	1,8	3,5	4,4	4,7
Türkei	1,2	2,9	2,9	3,2	8,9	7,3	7,0			
Russland	2,7	0,6	-3,8	0,2	7,8	15,0	8,0	-	-	-
Amerika	35,6	2,1	1,9	2,3	3,2	0,2	1,6	-	-	-
USA	25,6	2,4	2,6	2,7	1,6	0,1	2,0	6,2	5,4	5,0
Kanada	2,6	2,4	0,9	1,5	1,9	1,2	2,0	6,9	6,9	7,3
Lateinamerika ^a	7,4	1,0	-0,2	1,4	-	-	-	-	-	-
Asien	31,5	5,0	4,6	4,5	-	-	-	-	-	-
Japan	6,8	-0,1	0,7	1,3	2,7	0,7	0,9	3,6	3,4	3,3
China ohne Hongkong	15,2	7,4	6,4	6,1	-	-	-	-	-	-
Südkorea	2,1	3,3	2,3	2,5	1,2	1,0	1,8	3,5	3,7	3,6
Indien	3,0	7,3	7,2	7,0	-	-	-	-	-	-
Ostasien ohne China ^b	4,4	4,0	3,4	3,0	-	-	-	-	-	-
insgesamt^c	100,0	2,8	2,6	2,8	-	-	-	-	-	-
fortgeschrittene Volkswirtschaften^d	68	1,8	2,0	2,1	1,5	0,3	1,4	7,6	6,6	6,3
Schwellenländer ^e	32	4,9	3,8	4,3	-	-	-	-	-	-
<i>nachrichtlich:</i>										
exportgewichtet ^f	100,0	2,1	2,1	2,2	-	-	-	-	-	-
nach dem Messkonzept des IWF ^g	100,0	3,4	3,3	3,6	-	-	-	-	-	-
Welthandel	-	3,5	1,6	3,3	-	-	-	-	-	-

^a Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2014 in US-Dollar. –

^b Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2014 in US-Dollar. – ^c Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2014 in US-Dollar. – ^d EU 27, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – ^e Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – ^f Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2014. – ^g Gewichtet nach Kaufkraftparitäten und hochgerechnet auf den Länderkreis des IWF (World Economic Outlook, April 2015).

Quellen: IWF; OECD; Eurostat; ab 2015: eigene Prognose.

Deutsche Wirtschaft in etwa normal ausgelastet

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem verhaltenen Aufschwung. Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten hat im Frühjahr 2015 erneut etwas zugenommen und dürfte nun in etwa in der Nähe der Normalauslastung liegen. Die Erwerbstätigkeit ist weiter gestiegen, wenn auch seit Mitte vergangenen Jahres etwas langsamer als im Durchschnitt der Zeit seit Überwindung der Rezession 2008/2009. Die Arbeitslosigkeit stagniert seit

dem Frühjahr, nach deutlichen Rückgängen im vergangenen Winterhalbjahr. Bei alledem ist der Verbraucherpreisanstieg kaum nennenswert; hier wirkt sich der Verfall der Weltmarktpreise für Rohstoffe aus.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts hat die Ausfuhr weiter an Bedeutung gewonnen (vgl. Tabelle 5). Sie expandierte mit einer Rate, wie sie zuletzt Anfang des Jahres 2011, vor der Zuspitzung der Eurokrise, erreicht wurde. Neben der Erholung der Konjunktur im Euroraum war hierfür freilich auch die spürbare Abwertung des Euro seit

Tabelle 5:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung^a

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2014				2015				2016			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,4	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
öffentlicher Konsum	0,4	0,6	0,6	0,5	0,6	0,3	0,5	0,5	0,6	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	-0,2	0,9	-1,9	2,6	1,9	0,1	0,6	0,6	1,1	1,1	1,1	1,1
Bauten	4,4	-3,8	-0,4	0,6	1,8	-1,2	1,0	0,8	0,6	0,5	0,5	0,5
sonstige Anlagen	1,9	0,6	0,6	0,7	0,8	0,7	0,7	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Vorratsinvestitionen ^b	0,0	0,4	-0,7	0,0	-0,1	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,8	0,1	-0,4	1,0	0,6	-0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag ^b	0,0	-0,2	0,5	-0,3	-0,2	0,7	0,1	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	0,0
Exporte	0,4	0,4	1,5	1,4	1,2	2,2	1,2	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
Importe	0,6	0,9	0,4	2,3	1,9	0,8	1,2	1,1	1,1	1,1	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	0,7	-0,1	0,2	0,6	0,3	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

^a Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2015: eigene Prognose.

Herbst vergangenen Jahres verantwortlich. Die inländische Verwendung ist im zweiten Jahresviertel hingegen gesunken, was allerdings vor dem Hintergrund vergleichsweise starker Zuwächse im vorangegangenen Winterhalbjahr zu sehen ist. Die gewerblichen und öffentlichen Bauinvestitionen waren rückläufig, und Vorräte wurden abgebaut. Hinzu kam, dass die Ausrüstungsinvestitionen praktisch unverändert blieben, die privaten und die öffentlichen Konsumausgaben deutlich verlangsamt anzogen.

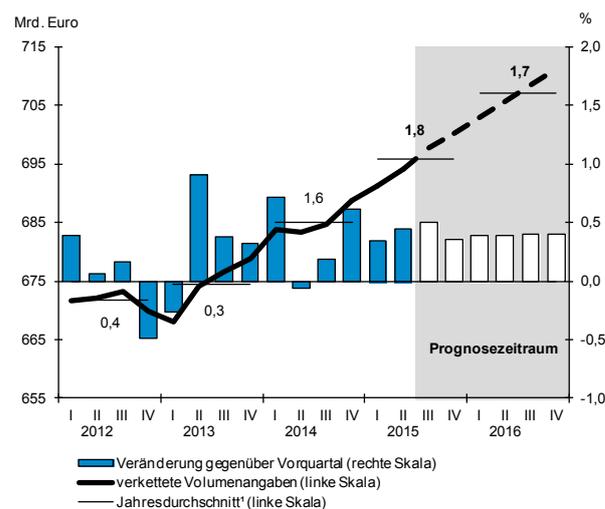
Im dritten Vierteljahr dürfte der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg geringfügig stärker ausfallen als im zweiten (vgl. Abbildung 4). Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe lag im Juli zwar leicht unter dem Vorquartalsstand, der Absatz von Investitionsgütern ins Ausland war aber kräftig, und der Auftragseingang ist in der Tendenz weiter aufwärtsgerichtet. Umfragen zufolge schätzen die Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft ihre wirtschaftliche Lage im Durchschnitt der Monate Juli und August ähnlich günstig ein wie im Frühjahr. Die Geschäftserwartungen für das Jahresende haben sich dagegen etwas verschlechtert, vor allem aufgrund rückläufiger Exporterwartungen. Dies lässt auf ein

leichtes Abflachen der gesamtwirtschaftlichen Dynamik zum Jahresende schließen.

Abbildung 4:

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



IWH/Kiel Economics

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 3. Quartal 2015: eigene Prognose.

Tabelle 6:

Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts^a

in Prozentpunkten

	2014	2015	2016
Konsumausgaben	0,8	1,4	1,2
private Konsumausgaben	0,5	1,0	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,4	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	0,5	0,6
Ausrüstungen	0,3	0,3	0,2
Bauten	0,3	0,1	0,2
sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,3	-0,6	0,0
inländische Verwendung	1,2	1,3	1,8
Außenbeitrag	0,4	0,5	-0,1
Exporte	1,8	2,8	1,7
Importe	-1,5	-2,4	-1,7
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,8	1,7

^a Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2015: eigene Prognose.

Tabelle 7:

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2014	2015	2016
statistischer Überhang ^a	0,7	0,5	0,6
Jahresverlaufsrate ^b	1,5	1,6	1,6
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,6	1,6	1,6
Kalendereffekt ^c	0	0,2	0,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	1,6	1,8	1,7

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. –^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. –^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2015: eigene Prognose.

Die für das Jahresende erwartete, etwas langsamere Gangart dürfte die Ausfuhr auch im kommenden Jahr beibehalten (vgl. Tabelle 6). Dabei steht der nachlassenden Dynamik in den Schwellenländern eine stabile Nachfrage aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gegenüber. Die inländische Verwendung dürfte weiter in moderatem Tempo zulegen. Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahres-

verlauf 2016 in etwa so schnell zulegen wie das Produktionspotenzial. Die jahresdurchschnittliche Zuwachsrates fällt mit 1,7% ähnlich hoch aus wie im laufenden Jahr (1,8%, kalenderbereinigt 1,6%, vgl. Tabelle 7).³

Kasten 4:

Annahmen der Prognose

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen bezüglich des internationalen Umfeldes zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2015 bei 53 und im Jahr 2016 bei 50 US-Dollar pro Barrel. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar bleibt bis Ende des Jahres 2015 bei 1,13 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bleibt in etwa auf ihrem Niveau vom Anfang des Jahres 2015. Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bleibt bis Ende 2016 bei 0,05%.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Die monetären Bedingungen in Deutschland sind weiterhin günstig. So liegen die Zinsen an den Kreditmärkten und die Umlaufrenditen an den Kapitalmärkten auf niedrigem Niveau. Der seit März 2014 beobachtete Abwärtstrend ist zwar zum Erliegen gekommen. Die Renditen von Staats- und Unternehmensanleihen sowie Bankschuldverschreibungen liegen derzeit auf dem Niveau vom November 2014. Auf diesem dürften sie auch in naher Zukunft tendenziell verharren. Die Zinsen für Konsumenten- und Wohnungsbaukredite sowie für Kredite an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften haben sich geringfügig erhöht. Während die Unternehmenskredite weiterhin kaum ausgeweitet werden, folgen die Immobilienkredite einem seit Ende des Jahres 2010 zu beobachtenden Aufwärtstrend. Laut Bank Lending Survey dürfte die Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnungsbaukrediten in den nächsten Monaten aber nur noch leicht zulegen. Da die derzeit immer noch sehr günstigen Refinanzierungsbedingungen für deutsche Banken dazu führen dürften, dass ihre Kosten im Prognosezeitraum unverändert niedrig bleiben,

³ Für das Jahr 2015 reicht das 66%-Prognoseintervall von 1,6% bis 2,0% und für das Jahr 2016 von 0,8% bis 2,6%.

Tabelle 8:

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen^a

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber 2014

	2015	2016
Alterseinkünftegesetz	-1,1	-2,2
Erhöhung des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer, Erhöhung des Kindergeldes	-1,7	-3,5
Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende	-0,0	-0,4
Jahressteuergesetz 2015	-0,1	-0,1
Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts	-0,1	-0,1
Anhebung der Tabaksteuer	0,2	0,2
Amtshilferichtlinien-Umsetzungsgesetz	0,2	0,2
Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes	0,1	0,4
schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	0,1	0,2
Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts		0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2015 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,35%	3,4	3,5
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2015 um 0,2 Prozentpunkte auf 18,7%	-2,2	-2,3
Senkung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2015 auf durchschnittlich 0,8% und Erhöhung zum 1. Januar 2016 auf durchschnittlich 1,0%	-1,1	1,1
GKV-Versorgungsstärkungsgesetz	-0,3	-0,4
Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention		-0,3
Erstes Pflegestärkungsgesetz	-2,4	-2,4
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	-0,7	-0,9
Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung		-0,5
Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	-6,2	-6,4
Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	-0,0	-0,1
Reform des Wohngeldrechts und Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes		-0,6
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen ^b	-0,5	-3,8
Beseitigung von Flutschäden	-0,5	0,0
insgesamt^c	-12,9	-18,3
insgesamt gegenüber 2014 (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,4	-0,6
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,4	-0,2

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ^b Zusätzliche Infrastrukturinvestitionen gemäß Koalitionsvertrag, Investitionspaket über zehn Mrd. Euro, Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen. – ^c Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; eigene Berechnungen und Schätzungen.

dürften auch die Kreditzinsen auf dem derzeitigen Niveau verharren. Alles in allem werden sich die in Deutschland zu beobachtenden sehr günstigen monetären Rahmenbedingungen auch im Prognosezeitraum in der Tendenz fortsetzen (vgl. Kasten 4).

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Im Jahr 2015 geht dies im Wesent-

lichen auf Mehrausgaben der Sozialversicherungen, etwa im Rahmen des Rentenpakets oder der Ausweitung von Pflegeleistungen, sowie auf steuerliche Entlastungen zurück. Der expansive finanzpolitische Impuls beläuft sich auf 0,4% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2016 wird sich der Expansionsgrad der Finanzpolitik etwas ab-

schwächen. Der expansive Impuls dürfte dann bei etwa 0,2% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen (vgl. Tabelle 8).

Arbeitsmarktentwicklung weiterhin günstig

Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor in einer robusten Verfassung. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im zweiten Quartal 2015 um 42 000 Personen bzw. 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Bei einem nahezu konstanten Arbeitsvolumen nahm die Stundenproduktivität kräftig zu. Getragen wurde der Beschäftigungsaufbau durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die um 0,5% zunahm. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ging gegenüber dem Vorquartal erneut deutlich zurück. Zu einem erheblichen Teil dürfte dies durch die Einführung des Mindestlohns ausgelöst worden sein. Bei der selbstständigen Beschäftigung setzte sich der im Jahr 2012 begonnene Rückgang fort. Dieser resultiert nunmehr vollständig aus der Verringerung der nicht geförderten Selbstständigkeit. Vermutlich hat die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dazu geführt, dass die Aufnahme einer selbstständigen Arbeit an Attraktivität verloren hat.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging im zweiten Quartal um 27 000 Personen zurück. Der gemessen am Beschäftigungsaufbau unterproportionale Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass das Erwerbspersonenpotenzial infolge der hohen Nettozuwanderung weiter zugenommen hat. Hinzu kommt ein weiterer Anstieg der Erwerbsbeteiligung. Zudem nahm die Zahl der in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geförderten Personen weiter ab. Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich bis zuletzt fortgesetzt. So nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Juli 2015 saisonbereinigt erneut zu.

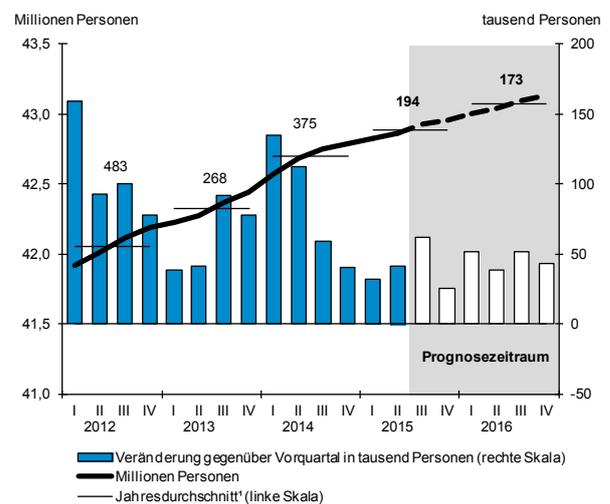
Im Gefolge der deutlichen Produktionszunahme wird die Zahl der Erwerbstätigen auch im weiteren Verlauf des Jahres 2015 erheblich zulegen (vgl. Abbildung 5). Darauf deutet der sehr starke Anstieg der offenen Stellen hin. Dies dürfte zu einem weiteren deutlichen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse führen. Die Expansion der Produktion wird auch im Jahr 2016 zu einem weiteren Beschäftigungsaufbau führen. Die registrierte Ar-

beitslosigkeit wird im Prognosezeitraum weiter abnehmen. Gemessen am Beschäftigungsaufbau ist dieser Rückgang erneut unterproportional. Dies ist vor allem durch die Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials bedingt. Entscheidend dafür ist der starke Anstieg der Nettozuwanderung (vgl. Kasten 5). Nach 550 000 Personen im Jahr 2014 könnte diese auf eine Größenordnung von 750 000 Personen in diesem Jahr steigen. Zudem wird wohl die Erwerbsbeteiligung weiter zunehmen. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote dürfte 6,1% im Jahr 2015 und 5,9% im Jahr 2016 betragen.

Abbildung 5:

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



IWH/Kiel Economics

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 3. Quartal 2015: eigene Prognose.

Nachdem die Tariflöhne im Jahr 2014 vor allem aufgrund von Nachzahlungen bei einzelnen neu abgeschlossenen Tarifverträgen (Einzelhandel) kräftig zulegen hatten, wurden für das erste Halbjahr 2015 häufig Zeiten ohne Entgelterhöhung (Nullmonate) vereinbart. Auch lagen die Abschlüsse teilweise unter denen der Vorperioden. Dies dürfte wohl auch von der niedrigen Inflation beeinflusst gewesen sein. Insgesamt werden die Tariflöhne in diesem Jahr um 2,3% steigen, im nächsten Jahr dürften die Abschlüsse in der Summe wieder etwas stärker zunehmen.

Kasten 5:

Einwanderung, Flüchtlinge und Arbeitsmarkt

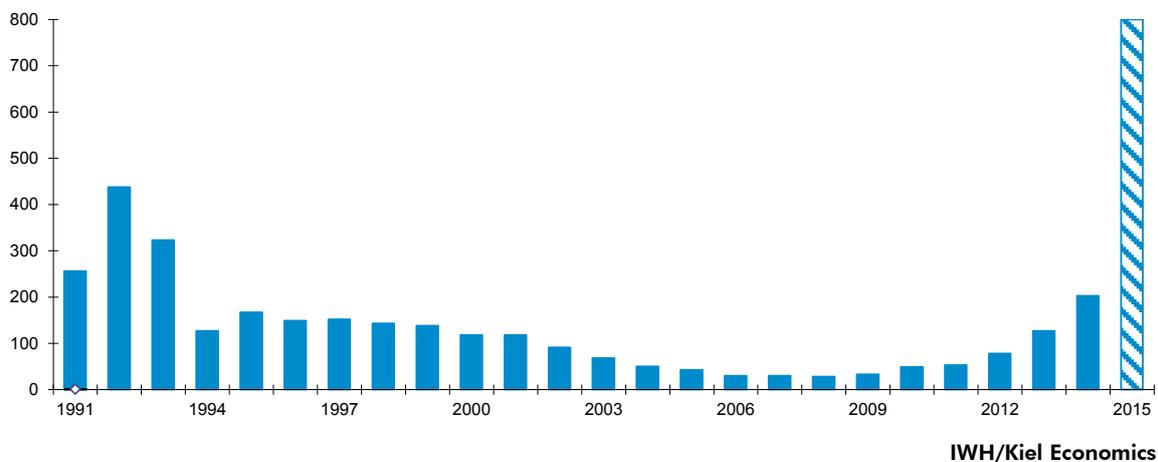
Der deutsche Arbeitsmarkt wird zunehmend von Migrationsprozessen beeinflusst. Der deutliche Anstieg der Zuwanderung resultiert vor allem aus der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit für die osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten,^a aus der schwierigen Arbeitsmarktlage in den von der Schuldenkrise besonders schwer betroffenen Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien sowie aus der stark steigenden Fluchtmigration.^b Im Folgenden wird die statistische Abgrenzung von Wanderungen und Asylsuchenden sowie deren Entwicklung skizziert. Danach wird die Erfassung der Fluchtmigration in der Beschäftigtenstatistik dargestellt. Abschließend wird auf der Grundlage einer Reihe von Studien ein Überblick über zu erwartende Effekte der Nettomigration auf den Arbeitsmarkt gegeben.^c

Wanderung und Asylsuchende

Im Jahr 2014 sind knapp 1,46 Millionen Personen nach Deutschland zugezogen.^d Diesen standen etwa 0,91 Millionen Personen gegenüber, die ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben. Die Nettozuwanderung betrug demnach im Jahr 2014 550 000 Personen,^e das sind etwa 122 000 Personen mehr als im Vorjahr. Mit 55,2% entfiel der überwiegende Teil der Nettozuwanderung auf Bürger der EU-Staaten. Den größten Anteil unter den Staaten außerhalb der EU hatte Syrien mit 11,3%. Danach folgten Serbien (2,8%), das Kosovo (2,6%), Afghanistan (1,9%), Albanien (1,9%) und die Ukraine (1,7%). Seit der deutschen Vereinigung gab es nur in den Jahren 1991 und 1992 eine höhere Nettozuwanderung (603 000 bzw. 782 000 Personen). Im gesamten Zeitraum von 1991 bis 2014 betrug der kumulierte Wanderungsgewinn etwa 5,9 Millionen Personen.^f

Abbildung 6:
Asylanträge in Deutschland von 1991 bis 2015

in 1 000 Personen



Quellen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen zu Asyl; Ausgabe: Juli 2015; Angaben für 2015: Prognose der erwarteten Zahl von Asylanträgen durch das Bundesministerium des Innern vom 19.08.2015; eigene Darstellung.

Asylbewerber^g werden in der Wanderungsstatistik als Zuzüge erfasst.^h Im Zeitraum von Januar bis Juli 2015 wurden in Deutschland 218 000 Asylanträge gestellt.ⁱ Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als eine Verdoppelung^j (vgl. Abbildung 6). Die größte Zahl von (Erst-) Anträgen wurde im Zeitraum von Januar bis Juli 2015 von Personen aus Syrien (42 000), dem Kosovo (30 000) und Albanien (29 000) gestellt. Der Anteil der Asylanerkennungen an der Zahl der Asylerkenntnisse – die so genannte Gesamtschutzquote^k – lag im Zeitraum von Januar bis Juli 2015 bei 36,7%.^l Diese differiert zwischen den Herkunftsländern erheblich: Bei Flüchtlingen aus Syrien betrug sie 86,7%, bei Asylbewerbern aus Serbien 0,1%. Im Jahr 2014 betrug der Anteil der (Erst-)Anträge auf Asyl in Relation zu den Zuzügen von Ausländern insgesamt 13%.

Im Jahr 2015 könnte die Zahl der Asylbewerber laut Bundesministerium des Innern vom 19.08.2015 eine Größenordnung von 800 000 Personen erreichen. Eine Überschlagsrechnung des IWH hat u. a. zu folgenden Ergebnissen geführt (vgl. Tabelle 9):

Tabelle 9:

Asylbewerber, Asylanerkennung und erwerbsfähige Personen mit Asylanerkennung von 2013 bis 2015

			2013	2014	2015	2014 ggü. 2013	2015 ggü. 2014	
[1]	Asylbewerber		1000	127	202	800	+75	+598
[2]	Entscheidungen über Asylanträge	[1]*[5]	1000	81	129	500	+48	+371
[3]	Asylanerkennung	[2]*[6]	1000	20	41	183	+20	+142
[4]	<i>darunter:</i> Erwerbsfähige	[3]*[7]	1000	14	28	128	+14	+100
	<i>nachrichtlich:</i>		%					
[5]	Quote der Antragsent- scheidungen ^{a, d}	[2]/[1]*100	%	63,8	63,8	62,5		
[6]	Gesamtschutzquote ^{b, d}	[3]/[2]*100	%	24,9	31,5	36,7		
[7]	Erwerbsfähigenquote ^{c, d}	[9]/[8]*100	%	70	70	70		
[8]	Bevölkerung		1000	82 103	82 358	82 652	+255	+294
[9]	Erwerbsfähige		1000	53 359	53 551	53 714	+191	+163
[10]	Erwerbstätige (Inland)		1000	42 328	42 897	43 070	+569	+173
[11]	Wanderungssaldo		1000	429	550	750	+121	+200
[12]	Asylanerkennungen relativ zum Wanderungssaldo	[3]/[11]*100	%	5	7	24	+17	+71

^a Anteil der Entscheidungen über Asylanträge an den Asylanträgen insgesamt. – ^b Vgl. Fußnote k. – ^c Anteil der Erwerbsfähigen an den Zuwanderern. – ^d 2015: Durchschnitt der Monate Januar bis Juli 2015.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; 2015: eigene Prognosen, Prognose der erwarteten Zahl von Asylanträgen durch das Bundesministerium des Innern vom 19.08.2015.

- ▶ Im Jahr 2015 dürften bei einer Quote der Antragsentscheidungen von 62,5% etwa 500 000 Asylanträge bearbeitet werden. Davon dürften 183 000 Personen einen positiven Asylbescheid erhalten, wenn man die Schutzquote der ersten sieben Monate des laufenden Jahres (36,7%) für das Gesamtjahr unterstellt. Von diesen sind – eine Erwerbsfähigenquote von 70% unterstellt – etwa 128 000 Personen im erwerbsfähigen Alter.
- ▶ Die Zahl der Personen, deren Asylantrag bewilligt worden ist, dürfte nahezu identisch sein mit dem Wanderungssaldo, der durch Asyl bedingt ist. Damit waren 7% der Nettozuwanderung im Jahr 2014 durch Asylbewerber bedingt, im Jahr 2015 dürften es 24% sein. Somit resultieren 71% des gesamten Zuwachses des Wanderungssaldos von 2014 zu 2015 aus der Zunahme der Asylbewerber.

Erfassung der Fluchtmigration in Arbeitsmarktstatistiken

Die Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt hängen für geflüchtete Menschen maßgeblich von ihrem Aufenthaltsstatus ab.^m Dabei sind drei verschiedene Status zu unterscheiden: (1) Asylbewerber, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen positiven Bescheid erhalten haben, dürfen grundsätzlich uneingeschränkt arbeitenⁿ und haben Anspruch auf die gleichen Sozialleistungen wie deutsche Staatsangehörige. (2) Personen, die sich im Asylverfahren befinden und damit eine Aufenthaltsgestattung haben, können bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag unter bestimmten Bedingungen arbeiten. (3) Personen, die sich nicht (mehr) im Asylverfahren befinden bzw. einen negativen Bescheid erhalten haben, aber bei denen die Abschiebung ausgesetzt wurde, erhalten von der Ausländerbehörde einen so genannten Duldungsstatus und haben damit unter bestimmten Bedingungen auch Zugang zum Arbeitsmarkt. Personen mit einer Aufenthaltsgestattung bzw. einem Duldungsstatus können nach drei Monaten die Genehmigung zur Ausübung einer Beschäftigung durch die Ausländerbehörde erhalten. Dabei liegt die Erteilung im Ermessen der zuständigen Ausländerbehörde. Zudem ist die Zustimmung der örtlichen Arbeitsagentur notwendig. Dabei stützt sich die Zustimmung der Arbeitsagentur auf zwei Kriterien: Zum einen werden die Arbeitsbedingungen hinsichtlich Verdienst und Arbeitszeiten geprüft. Damit sollen für Personen mit Aufenthaltsgestattung bzw. einem Duldungsstatus gleichwertige Arbeitsbedingungen wie für Personen mit uneingeschränkter Arbeitserlaubnis gewährleistet werden. Zum anderen wird geprüft, ob die Stelle auch mit arbeitsuchend gemeldeten Personen besetzt werden kann, deren Arbeitsmarktzugang nicht beschränkt ist.^o

Die Identifikation der Effekte der Zuwanderung auf die Arbeitsmarktgrößen ist schwierig, da in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit nicht direkt nachweisbar ist, ob und in welchem Umfang Veränderungen von Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug auf Zuwanderungen beruhen.^p Einen indirekten Zugang zur Messung dieser Effekte bieten Auswertungen der entsprechenden Statistiken für Personen aus solchen Ländern, aus denen besonders viele Zuwanderer stammen. Die beobachteten Veränderungen in den entsprechenden Arbeitsmarktgrößen könnten dann überwiegend der Zuwanderung zugeschrieben werden. Bei diesem Vorgehen ist jedoch zu beachten, dass die Zunahme der Zahl der Beschäftigten, Arbeitslosen und Leistungsbezieher aus den entsprechenden Staaten nicht mit der Zahl der zuletzt Eingewanderten gleichgesetzt werden darf, da auch Personen enthalten sein können, die schon zuvor in Deutschland gelebt haben.

Seit geraumer Zeit werden von der Bundesagentur für Arbeit derartige Auswertungen für die neuen EU-Mitgliedsländer, für die die unbeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt, sowie für Griechenland, Italien, Portugal und Spanien veröffentlicht.^q Im August 2015 wurde diese Auswertung erstmals um die Staaten erweitert, die zu den zugangsstärksten Herkunftsländern von Asylbewerbern gehören.^r

In Tabelle 10 werden – nach Herkunftsgebieten differenziert – die Anteile an der Beschäftigung, an der registrierten Arbeitslosigkeit und am Leistungsbezug nach SGB II in Deutschland insgesamt dargestellt. Zudem sind die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahresmonat angegeben. Der Anteil der Asylantragsländer an den hier dargestellten Arbeitsmarktgrößen ist gering. Hingegen sind bei der registrierten Arbeitslosigkeit und bei den Leistungsbeziehern nach SGB II die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum hoch und liegen in der Größenordnung derjenigen für Staaten mit Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Tabelle 10:

Beschäftigung, Arbeitslose und Leistungsempfänger SGB II nach Staatsangehörigkeit Mitte 2015

Anteil an Deutschland insgesamt bzw. Veränderung gegenüber dem Vorjahr

	insgesamt		mittel- und osteuropäische Staaten mit Arbeitnehmerfreizügigkeit ^a		Griechenland, Italien, Portugal, Spanien		Asylzugangsländer ^{b,c}	
	Anteil	Veränderung ggü. Vorjahr	Anteil	Veränderung ggü. Vorjahr	Anteil	Veränderung ggü. Vorjahr	Anteil	Veränderung ggü. Vorjahr
	in %							
Bevölkerung ^d	100	0,2	1,8	18,0	1,4	5,1	1,7	8,8
Beschäftigung ^e	100	1,0	2,9	21,9	1,5	5,1	1,4	7,4
SV-pflichtig	100	1,8	2,8	24,5	1,5	6,2	1,2	8,8
ausschl. geringf. Beschäftigte	100	-3,3	3,7	11,8	1,5	-1,1	2,1	3,0
Arbeitslose ^f	100	-3,7	3,4	17,5	2,3	0,3	5,8	18,4
Leistungsempfänger SGB II ^g	100	-0,1	3,9	29,1	2,4	7,3	7,0	21,6

^a Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien. – ^b Afghanistan, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Eritrea, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Serbien, Somalia, Syrien, Ukraine. – ^c Bevölkerung der Asylzugangsländer: keine Angaben für Eritrea und Somalia. – ^d Durchschnitt der Bevölkerung 2014. – ^e Stand: Juni 2015. – ^f Stand: August 2015. – ^g Stand: Mai 2015.

Quellen Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 2; Bundesagentur für Arbeit: Hintergrundinformation: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt, a. a. O.

Welche ökonomischen Effekte sind von einer zunehmenden Nettozuwanderung zu erwarten?

In der Literatur werden die Effekte der Migration auf den Arbeitsmarkt intensiv diskutiert.^s In der langen Frist werden dabei überwiegend positive ökonomische Effekte einer Nettozuwanderung ausgemacht.^t Die Effekte betreffen sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Auf der Angebotsseite nimmt die erwerbsfähige Bevölkerung zu, wobei auch zu berücksichtigen ist, dass ein Teil der aktuellen Einwanderer nach einiger Zeit das Land wieder verlassen wird. Auf der Nachfrageseite kommt es zu Impulsen für die inländische Nachfrage. Allerdings kann es infolge der Anpassungsprozesse auch Verlierer der Migration geben. So kann Zuwanderung zu Lohnsenkungen bzw. geringeren Lohnsteigerungen oder zu höherer Arbeitslosigkeit bei bestimmten Bevölkerungsgruppen führen. Dies gilt beispielsweise für Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich, die mit Zuwanderern konkurrieren.^u Allerdings zeigt eine Reihe von Studien, dass Zuwanderung im Durchschnitt

keine negativen Lohneffekte hat.^v Effekte auf die Arbeitslosigkeit von Einheimischen oder früherer Einwanderungsgruppen konnten nicht festgestellt werden.^w Langfristig können in Deutschland einheimische Arbeitskräfte sogar durch Zuwanderung gewinnen.^x

^a Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien. — ^b Die Bundesagentur für Arbeit bezeichnet die Migrationsströme von Asylbewerbern und Flüchtlingen als Fluchtmigration. Über die Arbeitsmarktwirkungen der Fluchtmigration wurde im Rahmen der monatlichen Arbeitsmarktberichterstattung der Bundesagentur für Arbeit erstmals im August 2015 berichtet. Vgl. *Bundesagentur für Arbeit: Hintergrundinformation: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt*. Nürnberg August 2015. — ^c Ebenda. Vgl. auch die früheren Berichte: *Bundesagentur für Arbeit: Hintergrundinformation: Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt*. Nürnberg, lfd. Hefte; vgl. auch: *Brücker, H.; Hauptmann, A.; Vallizadeh, E.: Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien*, IAB; lfd. Hefte. — ^d In der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Wanderungsstatistik werden alle von den Meldeämtern erfassten Wechselfälle der Haupt- bzw. alleinigen Wohnung über die Gemeindegrenzen in Deutschland erfasst (vgl. *Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.2, 1*). An dieser Stelle wird nur die Außenwanderung, d. h. die Wanderung über die Grenzen Deutschlands betrachtet. Die Zahlen der Zuwanderer bzw. Auswanderer der amtlichen Bevölkerungsforschung differiert von den Zahlen laut Ausländerzentralregister. Eine Diskussion der möglichen Ursachen dieser Differenz findet sich bei *Brenke, K.; Neubecker, N.: Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich*, in: *DIW Wochenbericht 49/2013*, 4 f. — ^e Vgl. *Statistisches Bundesamt: Wanderungen über die Grenzen Deutschlands 2014 nach Herkunfts- und Zielgebieten*. Wiesbaden, September 2015. — ^f Im Zeitraum von 1991 bis 2014 gab es 22,7 Millionen Zuwanderer und 16,8 Millionen Abwanderer. — ^g Asylbewerber sind Personen, die bei einem Land, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, Asyl, d. h. Aufnahme und Schutz vor politischer, religiöser oder sonstiger Verfolgung suchen. Mit einem Asylantrag beantragt der Asylsuchende die Anerkennung als Asylberechtigter sowie internationalen Schutz. — ^h Vgl. *Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.2, 2*. Die Erfassung als Zuzug erfolgt nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes durch die Meldebehörden nach den melderechtlichen Regelungen. Dies kann in der Ersteinrichtung erfolgen oder in der Gemeinde, der sie zugewiesen werden. Je nach Bundesland erfolgt dies unterschiedlich. Wird einem Asylsuchenden kein Asyl gewährt, wird dies als Fortzug in der Wanderungsstatistik erfasst. — ⁱ Vgl. *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen zu Asyl: Ausgabe: Juli 2015*. Auch Eurostat veröffentlicht Daten zu den Asylanträgen. Diese differieren teilweise von der nationalen Statistik. Vgl.: <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/Asylzahlen/asylzahlen-node.html>. — ^j Im gesamten Zeitraum von 1991 bis 2014 wurden kumuliert etwa drei Millionen Asylanträge gestellt. — ^k Diese Relation gibt die Relation der Anzahl der Asylanerkennungen, der Gewährungen von Flüchtlingsschutz und der Zuerkennung von subsidiärem Schutz sowie der Feststellungen eines Abschiebungsverbots bezogen auf die Gesamtzahl der Entscheidungen im betreffenden Zeitraum an. Vgl. *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das deutsche Asylverfahren – ausführlich erklärt. Zuständigkeiten, Verfahren, Statistiken, Rechtsfolgen*. Nürnberg 2014. — ^l Vgl. *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asylgeschäftsstatistik für den Monat Juli 2015*. Nürnberg 2015, 2. — ^m Vgl. hierzu die detaillierten Ausführungen in *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Zugang zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen* (Stand: Juni 2015). — ⁿ Eine Ausnahme dabei sind Personen mit Abschiebungsverbot, bei denen die Ausländerbehörden die Arbeitserlaubnis gesondert erteilen. — ^o Vgl. ebenda, 3. — ^p Vgl. *Bundesagentur für Arbeit: Hintergrundinformation: Auswirkungen der Migration ...*, a. a. O., 3. — ^q Vgl. *Bundesagentur für Arbeit: Hintergrundinformation: Auswirkungen der ...*. Nürnberg, lfd. Hefte. — ^r Entsprechend der Terminologie der Bundesagentur für Arbeit werden diese Staaten im Folgenden als Asylzugangsländer bezeichnet. Zu diesen gehören die in der Fußnote c der Tabelle 10 aufgeführten Staaten. — ^s Vgl. hierzu beispielsweise: *Borjas, G.: Does Immigration Grease the Wheels of the Labor Market?*, in: *Brookings Papers on Economic Activity* (2001)1, 69–134; *Okkerse, L.: How to Measure Labour Market Effects of Immigration: A Review*, in: *Journal of Economic Surveys*, Vol. 22(1) 2008, 1-30. *Kerr, S. P.; Kerr, W.R.: Economic Impacts of Immigration: A Survey*, in: *Finnish Economic Papers*, Vol. 24(1) Spring 2011, 1-32. — ^t Vgl. *Longhi, S.; Nijkamp, P.; Poot, J.: Joint Impacts of Immigration on Wages and Employment: Review and Meta-analysis*, in: *Journal of Geographic Systems*, 12(4) 2010, 355-387; *Blanchflower, D. G.; Shadforth, C.: Fear, Unemployment and Migration*, in: *Economic Journal* 119, 2009, F136-F182. — ^u Vgl. *Dustmann, C.; Frattini, T.; Preston, I. P.: The Effect of Immigration along the Distribution of Wages*, in: *Review of Economic Studies*, Vol. 80(1), 2013, 145-173. — ^v So wurden in einer Studie zu den Auswirkungen der Einwanderung von Spätaussiedlern aus Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken keine negativen Lohneffekte auf einheimische Beschäftigte, jedoch kurzfristige Verdrängungseffekte festgestellt. Vgl. *Glitz, A.: The Labor Market Impact of Immigration: A Quasi-Experiment Exploiting Immigrant Location Rules in Germany*, in: *Journal of Labor Economics*, Vol. 30 (1), 2012, 175-213. — ^w Vgl. *Brücker, H.; Jahn, E. J.: Migration and Wage-setting: Reassessing the Labor Market Effects of Migration*, in: *Scandinavian Journal of Economics*, Vol. 113 (2) 2011, 286-317. — ^x Vgl. *Brücker, H.; Jahn, E.; Hauptmann, R.: Upward: Migration and Imperfect Labor Markets. Theory and Cross-country Evidence from Denmark, Germany and the UK*, in: *European Economic Review*, Vol. 66 (2) 2014, 205-225.

Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten stiegen im zweiten Quartal 2015 um 3,2%, die Stundenlöhne legten aufgrund der kräftigen Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden, die zum großen Teil auf Arbeitszeitkonten gutgeschrieben wurden, weniger stark zu. Da gleichzeitig auch die Beschäftigung zunahm, gab es insgesamt einen kräftigen Anstieg der gezahlten Bruttolöhne und -gehälter. Mit der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2015 sind insbesondere die Stundenlöhne im Niedriglohnbereich in Ostdeutschland gestiegen. Amtliche Daten aus der Verdienststatistik deuten dar-

auf hin.⁴ Zugleich ging die Anzahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten in Ost wie West deutlich zurück. Dies dürfte mit ein Grund für den kräftigen Anstieg der Löhne je Beschäftigten gewesen sein. Im Gesamttaggregat Bruttolöhne und -gehälter zeigten sich diese Effekte bislang jedoch nur wenig. Insgesamt wird die Dynamik bei den Bruttolöhnen und

⁴ Vgl. hierzu Kasten 1: Zu den Wirkungen des Mindestlohns, in: *Brautzsch, H.-U. et al.: Ostdeutsche Wirtschaft: Konjunktur bleibt im Jahr 2015 kräftig, strukturelle Probleme hemmen*, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 3, (3), 2015, 125-127.

-gehältern je Beschäftigten in den nächsten Quartalen infolge einer nicht mehr so stark steigenden Arbeitsnachfrage langsam zurückgehen. Im Jahr 2015 dürften daher die Löhne je Beschäftigten um 2,8% und im Jahr danach um 2,5%, die Stundenlöhne um 2,4% und im Jahr darauf um 2,3% steigen. Die Lohnstückkosten werden in diesem Jahr um 1,3% und im nächsten Jahr um 1,0% zulegen.

Kräftige Impulse vom Außenhandel schwächen sich 2016 ab

Der Außenhandel trug im zweiten Quartal 2015 deutlich zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts bei. Die Exporte sind mit 2,2% gegenüber dem Vorquartal sehr kräftig gestiegen, bei den Warenausfuhren war das Plus mit 2,6% besonders hoch. Die Exportdynamik fiel dabei regional recht heterogen aus: Die Warenausfuhren belebten sich hauptsächlich ins nichteuropäische Ausland, vor allem in die Vereinigten Staaten; allerdings legten sie auch in Europa zu, so nach Großbritannien, in die mittel- und osteuropäischen EU-Länder, sowie zuletzt auch wieder in den Euroraum, darunter vorrangig nach Irland, die Niederlande und Spanien. Die Einfuhr nahm mit 0,8% im zweiten Quartal erheblich moderater zu, nachdem sie in den Vorquartalen kräftiger gestiegen war. Neben Vorleistungsgütern nahmen auch die Importe von Investitionsgütern deutlich zu, während sich die Dynamik bei Konsumgütern nicht steigerte.

Im dritten Quartal werden die Ausfuhren nochmals recht kräftig zulegen. Darauf deuten der hohe Auftragsbestand der Unternehmen sowie Stimmungsindikatoren hin. Die Auftragseingänge aus dem Ausland für das Verarbeitende Gewerbe lagen im zweiten Quartal deutlich über denen des ersten Quartals. Das ifo-Exportklima verbesserte sich im Juni und Juli und lag auf überdurchschnittlich gutem Niveau. Die Ausfuhren werden sowohl von der zunehmenden Nachfrage aufgrund des Aufschwungs in den USA sowie – verhaltener – aus dem Euroraum als auch noch von der erhöhten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stimuliert. Die Impulse von der Abwertung des Euro bis zum Frühjahr dieses Jahres werden im kommenden Jahr geringer nachwirken. Die Auslandsnachfrage ist in der zweiten Jahreshälfte

2015 aufgrund der Schwäche wichtiger Schwellenländer nicht mehr ganz so dynamisch. Auch für 2016 ist eine verhaltener Entwicklung der Ausfuhren zu erwarten. Insgesamt werden die Exporte in diesem Jahr um 6,2% und im kommenden Jahr um 3,6% zulegen.

Die Einfuhren dürften in den kommenden Monaten wieder etwas beschleunigt anziehen. Dabei werden sie von einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen, aber auch der weiteren Ausfuhrentwicklung profitieren. Im kommenden Jahr werden die Importe aufgrund der geringeren Dynamik der exportinduzierten Einfuhren verhaltener zunehmen. Insgesamt legen die Importe in diesem Jahr um 6% und im kommenden Jahr um 4,4% zu.

Der Außenbeitrag zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts wird nach 0,5 Prozentpunkten in diesem Jahr auf nahezu null im Jahr 2016 sinken. Die *terms of trade* dürften sich im Jahr 2015 – wie auch im Vorjahr – insgesamt deutlich verbessern. Im kommenden Jahr werden sie sich nur noch leicht verbessern.

Investitionen im Trend moderat aufwärtsgerichtet

Die Anlageinvestitionen gaben nach der kräftigen Expansion im Winterhalbjahr zuletzt leicht nach. Der Rückprall ist zu einem großen Teil auf Sonderfaktoren zurückzuführen. Die Unternehmen haben nach einer vergleichsweise umfangreichen Erneuerung ihres Fahrzeugparks um die Jahreswende die Investitionen in Ausrüstungen nun nur mäßig ausgeweitet. Bei den Bauinvestitionen folgte dem witterungsbedingt starken Auftrieb zu Jahresbeginn erwartungsgemäß ebenfalls eine Anpassung nach unten. Diese war besonders ausgeprägt im gewerblichen und öffentlichen Bereich, zumal dort das nachfließende Auftragsvolumen ohnehin schwach war, während der Wohnungsbau angesichts hoher Auftragsbestände aufwärtsgerichtet blieb. Gemittelt über das erste Halbjahr nahmen die Anlageinvestitionen aber um mehr als 2% gegenüber dem vorangegangenen Halbjahr zu. Den größten Schub konnten mit reichlich 3% die Ausrüstungen verbuchen. Auch die Ausgaben für Wohnbauten und für Forschung und Entwicklung wurden im Halbjahres-

vergleich mit Raten von 2,7% bzw. 1,5% noch recht kräftig ausgeweitet. Die Bauinvestitionen des Staates stagnierten im ersten Halbjahr allerdings in etwa, die der Unternehmen blieben unter dem Niveau des zweiten Halbjahres 2014.

Tabelle 11:

Reale Anlageinvestitionen in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2014	2015	2016
Anlageinvestitionen insgesamt	3,5	2,7	2,8
Ausrüstungen	4,5	4,5	3,8
sonstige Anlagen	3,1	2,7	1,8
Bauinvestitionen insgesamt	2,9	1,5	2,4
Wohnbauten	3,3	2,9	2,2
Nichtwohnbauten insgesamt	2,4	-0,7	2,8
gewerbliche Bauten	2,3	-0,8	1,8
öffentliche Bauten	2,7	-0,3	5,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2015: eigene Prognose.

Im Prognosezeitraum bleiben die Investitionen im Trend moderat aufwärtsgerichtet. Zwar dürfte die im Sommer 2015 deutlich gestiegene Unsicherheit der Unternehmen⁵ angesichts der Turbulenzen an den Finanzmärkten und der strukturellen Probleme in den Schwellenländern die Investitionsbereitschaft zunächst etwas zügeln. Die deutschen Unternehmen profitierten aber bis zuletzt von der hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit relativ zu den Ländern außerhalb des Euroraums. Dies und die zunehmende Nachfrage aus den Euroraumländern und den USA dürften bei steigender Kapazitätsauslastung und einem günstigen Finanzierungsumfeld wohl wieder zu vermehrten Investitionen in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten führen (vgl. Tabelle 11). Eine feste Stütze der Konjunktur bleibt der Wohnungsbau. Darauf deuten die hohen Auftragsbestände und die Baugenehmigungen im Wohnungsneubau hin. Gestützt wird diese Entwicklung neben den historisch günstigen Zinsen von

⁵ Indikatoren wie der Economic Policy Uncertainty Index und der VDAX waren zuletzt deutlich gestiegen. Der Economic Policy Index liegt zudem deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt.

der kräftigen Zuwanderung, der verstärkten Nachfrage in Ballungsgebieten, von der Hoffnung der Investoren auf Renditen im Neubau und dem Trend zu Wohneigentum. Zudem haben die öffentlichen Haushalte in den ersten Monaten des Jahres eine Vielzahl neuer Aufträge getätigt und weitreichende Maßnahmen angekündigt, auch aufgrund der von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, zumal die Steuereinnahmen hoch sind. Nach der Atempause im ersten Halbjahr 2015 ist deshalb mit einer Stärkung öffentlicher Investitionen zu rechnen. Gegenüber früheren Prognosen sind hier zeitliche Verschiebungen der Investitionen in jeweils spätere Zeiträume unterstellt, da die Planung und Überführung der Bauprojekte in die Bauphase offensichtlich größere Zeitrahmen benötigen. Dabei ist auch berücksichtigt, dass für die Unterbringung von Migranten zusätzliche öffentliche Mittel für verschiedenste Um- und Ausbauarbeiten notwendig werden.

Privater Konsum profitiert von niedriger Inflation und robustem Arbeitsmarkt

Die privaten Haushalte weiteten zum Ende des Jahres 2014 ihre Käufe kräftig aus. Im ersten Quartal 2015 stieg die Konsumfreude dann weniger stark an, und im Laufe des zweiten Quartals verlor sie weiter an Dynamik. Im Einzelhandel waren die Umsätze zum Ende des zweiten Quartals rückläufig, legten im Juli jedoch wieder zu. Der Kraftfahrzeughandel zeigt bisher keine Schwäche. Die Neuzulassungen im Juli 2015 lagen auf sehr hohem Niveau. Damit deutet sich an, dass der private Konsum im laufenden Quartal wohl weiter zunehmen wird. Darauf weist auch das GfK-Konsumklima hin. Zudem dürfte auch der derzeitige Anstieg der Flüchtlingszahlen den privaten Konsum etwas erhöhen.

Trotz der aktuell immer noch sehr niedrigen Zinsen sparten die privaten Haushalte im zweiten Quartal wieder mehr. Einen Einfluss darauf dürfte auch der Anstieg der Tilgungszahlungen von Wohnungsbaukrediten infolge der regen Bautätigkeit in den vergangenen Jahren haben, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dem Sparen zugeordnet werden. Die Sparquote dürfte daher in die-

sem Jahr auf 9,7% und im nächsten Jahr nochmals um 0,2 Prozentpunkte steigen.

Die verfügbaren Einkommen nahmen im zweiten Quartal 2015 um 2,9% zu. Vor allem die Bruttolöhne und -gehälter legten mit 4,0% kräftig zu, da die Arbeitsnachfrage nach wie vor gut war. Auch stiegen die monetären Sozialleistungen durch die Ausweitung der zusätzlichen gesetzlichen Rentenleistungen kräftig. Die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen waren hingegen eher schwach. Auch in den kommenden zwei Quartalen werden die Löhne weiter steigen, wenngleich sich ihre Dynamik abschwächen dürfte. Durch die Zunahme der Anzahl der Asylbewerber dürften die monetären Sozialleistungen weiterhin kräftig zulegen. Auch die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen werden wieder etwas aufholen. Insgesamt dürften sich die verfügbaren Einkommen im Jahr 2015 um 2,8% erhöhen. Aufgrund der aktuell sehr niedrigen Inflation werden die privaten Haushalte ihr Budget real um 2,1% ausweiten können und ihren Konsum um 1,8% erhöhen. Im nächsten Jahr zieht die Inflation leicht an, sodass trotz eines ähnlich hohen Einkommenszuwachses der private Konsum weniger stark zulegen wird.

Ölpreisfall bremst Inflation

Die Entwicklung des Verbraucherpreisindex wurde in den vergangenen Quartalen stark von den Ölpreisen beeinflusst. Durch den Ölpreisfall kam es zu Beginn des Jahres 2015 fast zu einer Stagnation der Verbraucherpreise. Auch wenn mittlerweile wieder ein geringerer Preisauftrieb zu beobachten ist, so liegt dieser dennoch weit entfernt von der durch die EZB angestrebten Inflation von nahe an 2%. Die Inflationsrate lag im August 2015 bei 0,2%, da der Erdölpreis nochmals nachgegeben hat. Für Molkereiprodukte gingen die Preise in Deutschland ebenfalls zurück, da die ausländische Nachfrage zuletzt stark gesunken ist.

Preissteigerungen kamen hingegen hauptsächlich von einigen binnenwirtschaftlich orientierten Dienstleistungsbereichen wie den Friseurdienstleistungen, der Gesundheitspflege und den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. Diese Bereiche sind besonders von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns betroffen.

In den nächsten Quartalen dürfte die Teuerung langsam wieder anziehen. Insbesondere durch die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns wird es wohl weitere Preiserhöhungen geben. Hiervon dürften insbesondere nicht handelbare Waren und Dienstleistungen betroffen sein. Die Energiepreise bleiben im Prognosezeitraum annahmegemäß in etwa konstant. Auch von den Importpreisen dürfte aufgrund der etwas schwächeren Weltkonjunktur kein Preisauftrieb zu erwarten sein. Alles in allem werden die Verbraucherpreise im Jahr 2015 wohl um 0,3% und im Jahr 2016 um 0,8% steigen.

Staat in diesem Jahr mit hohem Haushaltsüberschuss

Im ersten Halbjahr 2015 belief sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo vor allem aufgrund hoher Einnahmezuwächse auf 21 Mrd. Euro. Die Einnahmen des Staates dürften zunächst weiter spürbar zulegen, sodass sich die Finanzlage des Staates im laufenden Jahr deutlich verbessert. Zwar werden die Vermögenseinkommen des Staates im Jahr 2015 infolge des weiteren Abschmelzens der Bad-Bank-Portfolios und einer geringeren Gewinnausschüttung der Bundesbank niedriger ausfallen. Dagegen dürften die Einnahmen aus Steuern – trotz entlastender Maßnahmen – und Sozialbeiträgen vor dem Hintergrund einer anhaltend guten Konjunktur, eines robusten Arbeitsmarktes und weiterhin spürbar zunehmender Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2015 nochmals beschleunigt zunehmen.

Die Ausgaben des Staates legen im laufenden Jahr etwas langsamer zu als im Vorjahr. Insbesondere die öffentlichen Investitionen werden nur geringfügig ausgeweitet, und die Zinsausgaben des Staates entwickeln sich stark rückläufig. Dagegen expandieren die monetären Sozialleistungen, trotz einer rückläufigen Zahl an Arbeitslosen, vor allem aufgrund der Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Erhöhung des Kindergelds deutlich. Zudem geht das erste Pflegestärkungsgesetz, welches insbesondere Leistungsausweitungen für Demenzerkrankte vorsieht, mit einer weiterhin dynamischen Entwicklung der sozialen Sachleistungen einher.

Im Jahr 2016 dürfte sich die Dynamik bei den öffentlichen Einnahmen geringfügig verlangsamen. Infolge einer etwas schwächeren Konjunktur werden die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen etwas langsamer zulegen. Bei den Steuern wirken zudem erneut einnahmемindernde finanzpolitische Maßnahmen. Die empfangenen Vermögenstransfers, die in den Jahren 2014 und 2015 durch Vorzieheffekte im Hinblick auf Änderungen bei der Erbschaftsteuer überhöht waren, dürften sich im kommenden Jahr sogar leicht rückläufig entwickeln. Dagegen werden die Ausgaben des Staates im Jahr 2016 beschleunigt ausgeweitet. Die monetären Sozialleistungen legen nochmals spürbar zu. Zwar läuft der ausgabensteigernde Effekt des Rentenpakets im kommenden Jahr aus; dem steht aber eine deutliche Rentenanpassung gegenüber, in deren Folge die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung erneut merklich steigen. Zudem dürften die öffentlichen Investitionen ebenso wie die Vorleistungskäufe mit dem allmählichen Anlaufen der Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur im kommenden Jahr kräftig zunehmen. Auch die sozialen Sachleistungen werden im Zuge diverser Maßnahmen im Gesundheits- und Pflegebereich erneut spürbar steigen.⁶ Die Zinsausgaben des Staates gehen auch im kommenden Jahr nochmals zurück, allerdings nicht in dem Maße wie im Jahr 2015. Der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss verbessert sich im Jahr 2015 auf 0,7% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.⁷ Im kommenden Jahr wird sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte auf 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verschlechtern. Bereinigt um konjunkturelle Einflüsse beläuft sich der Finanzierungssaldo im laufenden Jahr auf 0,8% und im kommenden Jahr auf 0,5% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

⁶ Bei den monetären Sozialleistungen, den öffentlichen Investitionen, den staatlichen Vorleistungskäufen, den sozialen Sachleistungen sowie den Arbeitnehmerentgelten ergeben sich im Prognosezeitraum zusätzliche Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen.

⁷ Hierzu trägt auch ein Sondereffekt bei: Aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen erzielte der Staat im ersten Halbjahr 2015 zusätzliche Einnahmen von 4,4 Mrd. Euro.

Hauptaggregate der Sektoren

in Mrd. Euro

	2014				2015				2016			
	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 623,1	1 760,6	286,9	575,6	2 729,4	1 841,4	294,8	593,2	2 820,3	1 905,3	302,8	612,2
2 – Abschreibungen	517,8	297,4	65,4	155,0	531,8	303,8	67,5	160,4	546,7	310,2	69,7	166,7
3 = Nettowertschöpfung ¹	2 105,3	1 463,2	221,5	420,6	2 197,6	1 537,5	227,3	432,7	2 273,7	1 595,1	233,1	445,5
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 482,8	1 054,6	224,6	203,5	1 535,7	1 093,4	230,7	211,5	1 582,4	1 127,2	237,1	218,1
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,2	10,9	0,1	8,3	20,9	11,9	0,1	8,9	21,6	12,4	0,1	9,2
6 + Empfängerne sonstige Subventionen	24,1	22,4	0,3	1,5	24,7	22,9	0,3	1,6	25,1	23,2	0,3	1,6
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	627,5	420,1	- 2,9	210,3	665,8	455,1	- 3,2	213,9	694,7	478,8	- 3,9	219,8
8 + Empfängerne Arbeitnehmerentgelte	1 485,3	-	-	1 485,3	1 538,4	-	-	1 538,4	1 585,1	-	-	1 585,1
9 – Geleistete Subventionen	25,5	-	25,5	-	26,3	-	26,3	-	26,5	-	26,5	-
10 + Empfängerne Produktions- und Importabgaben	314,0	-	314,0	-	321,6	-	321,6	-	329,8	-	329,8	-
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	739,9	654,3	51,5	34,2	760,9	684,2	44,6	32,1	794,5	718,9	42,6	33,0
12 + Empfängerne Vermögenseinkommen	803,4	384,7	25,0	393,6	824,7	402,1	22,3	400,3	860,2	426,7	22,1	411,5
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 464,7	1 506,6	259,2	2 055,0	2 563,3	1 730,0	269,8	2 120,5	2 648,8	1 865,5	278,8	2 183,4
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	338,1	71,1	-	267,0	356,9	73,3	-	283,6	371,4	76,4	-	295,0
15 + Empfängerne Einkommen- und Vermögensteuern	345,6	-	345,6	-	365,2	-	365,2	-	380,5	-	380,5	-
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge ²	601,2	-	-	601,2	622,5	-	-	622,5	643,9	-	-	643,9
17 + Empfängerne Nettosozialbeiträge ²	602,0	119,3	481,9	0,8	623,4	122,4	500,3	0,7	644,9	126,9	517,3	0,7
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	512,1	60,3	451,0	0,4	531,7	60,4	470,5	0,7	549,2	60,4	488,1	0,7
19 + Empfängerne monetäre Sozialleistungen	505,6	-	-	505,6	524,9	-	-	524,9	542,4	-	-	542,4
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	284,9	151,2	61,6	72,1	293,5	156,1	63,3	74,1	295,0	156,6	63,8	74,5
21 + Empfängerne sonstige laufende Transfers	246,0	137,1	19,1	89,8	249,1	137,7	19,1	92,3	251,1	135,7	19,4	96,0
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 427,7	1 24,4	593,2	1 710,1	2 521,3	1 43,3	620,6	1 757,5	2 608,1	1 55,7	644,1	1 808,4
23 – Konsumausgaben	2 156,2	-	564,0	1 592,2	2 217,2	-	585,4	1 631,8	2 283,9	-	608,7	1 675,2
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 49,6	-	49,6	-	- 50,6	-	50,6	-	- 51,1	-	51,1
25 = Sparen	271,5	74,8	29,2	167,6	304,1	92,7	35,2	176,3	324,2	104,5	35,4	184,3
26 – Geleistete Vermögenstransfers	46,7	3,8	35,9	7,1	46,8	2,6	36,5	7,7	46,4	2,4	36,6	7,4
27 + Empfängerne Vermögenstransfers	45,6	26,1	12,2	7,3	44,1	25,4	11,4	7,2	43,8	25,5	11,2	7,0
28 – Bruttoinvestitionen	563,1	314,8	63,2	185,0	569,5	314,0	64,1	191,3	593,4	326,2	67,8	199,4
29 + Abschreibungen	517,8	297,4	65,4	155,0	531,8	303,8	67,5	160,4	546,7	310,2	69,7	166,7
30 – Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	- 2,7	- 2,3	- 1,3	0,9	- 2,4	3,2	- 6,5	0,9	- 3,2	- 2,6	- 1,5	0,9
31 = Finanzierungssaldo	227,8	81,9	8,9	136,9	266,1	102,2	19,9	143,9	277,9	114,3	13,4	150,3
<i>nachrichtlich:</i>												
32 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 427,7	124,4	593,2	1 710,1	2 521,3	143,3	620,6	1 757,5	2 608,1	155,7	644,1	1 808,4
33 – Geleistete soziale Sachtransfers	366,3	-	366,3	-	379,6	-	379,6	-	398,7	-	398,7	-
34 + Empfängerne soziale Sachtransfers	366,3	-	-	366,3	379,6	-	-	379,6	398,7	-	-	398,7
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 427,7	124,4	226,9	2 076,4	2 521,3	143,3	241,0	2 137,1	2 608,1	155,7	245,4	2 207,1
36 – Konsum ³	2 156,2	-	197,7	1 958,5	2 217,2	-	205,7	2 011,5	2 283,9	-	210,0	2 073,9
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 49,6	-	49,6	-	- 50,6	-	50,6	-	- 51,1	-	51,1
38 = Sparen	271,5	74,8	29,2	167,6	304,1	92,7	35,2	176,3	324,2	104,5	35,4	184,3

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige(n) Welt. – ² Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachtransfers).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Jahreswerte 2015 und 2016: eigene Prognose.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,9	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4
Arbeitsvolumen	1,2	0,7	0,5	0,6	0,8	0,8	0,1
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	0,3	0,2	0,1	0,1	0,4	0,4	-0,3
Produktivität ¹	0,4	1,1	1,2	0,8	1,4	1,3	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,6	1,8	1,7	1,4	2,2	2,2	1,3
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) in Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2156,2	2217,2	2283,9	1080,6	1136,6	1115,5	1168,4
Private Haushalte ²	1592,2	1631,8	1675,2	796,9	834,9	819,5	855,7
Staat	564,0	585,4	608,7	283,7	301,7	296,0	312,7
Anlageinvestitionen	585,1	608,4	633,9	290,0	318,4	303,9	330,0
Ausrüstungen	189,8	198,6	206,5	93,8	104,8	97,8	108,6
Bauten	291,8	301,3	314,8	143,4	157,9	151,1	163,7
Sonstige Anlageinvestitionen	103,5	108,5	112,7	52,7	55,7	55,0	57,7
Vorratsveränderung ³	-22,0	-39,0	-40,5	-5,3	-33,7	-8,0	-32,5
Inländische Verwendung	2719,3	2786,7	2877,3	1365,3	1421,3	1411,4	1466,0
Außenbeitrag	196,4	241,1	248,8	117,2	123,9	128,9	119,9
Exporte	1333,2	1433,8	1493,0	697,3	736,6	736,9	756,1
Importe	1136,8	1192,7	1244,2	580,1	612,6	608,0	636,2
Bruttoinlandsprodukt	2915,7	3027,8	3126,1	1482,5	1545,3	1540,3	1585,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	2,5	2,8	3,0	3,0	2,7	3,2	2,8
Private Haushalte ²	1,9	2,5	2,7	2,7	2,3	2,8	2,5
Staat	4,1	3,8	4,0	3,8	3,8	4,3	3,7
Anlageinvestitionen	5,0	4,0	4,2	2,8	5,1	4,8	3,7
Ausrüstungen	4,7	4,6	4,0	3,7	5,5	4,2	3,7
Bauten	5,2	3,3	4,5	1,4	5,0	5,4	3,6
Sonstige Anlageinvestitionen	4,8	4,8	3,9	4,8	4,7	4,2	3,6
Inländische Verwendung	2,6	2,5	3,3	2,1	2,8	3,4	3,1
Exporte	3,9	7,5	4,1	6,9	8,2	5,7	2,6
Importe	2,1	4,9	4,3	4,2	5,6	4,8	3,8
Bruttoinlandsprodukt	3,4	3,8	3,2	3,5	4,2	3,9	2,6
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Außenbeitrag	6,7	8,0	8,0	7,9	8,0	8,4	7,6
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)							
a) in Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2020,1	2057,9	2092,8	1008,8	1049,1	1027,7	1065,1
Private Haushalte ²	1503,3	1530,5	1556,0	748,4	782,1	762,3	793,7
Staat	516,8	527,3	536,8	260,3	267,0	265,4	271,4
Anlageinvestitionen	546,4	561,0	576,5	267,4	293,6	276,6	299,9
Ausrüstungen	186,9	195,4	202,8	91,6	103,8	95,4	107,4
Bauten	262,4	266,3	272,7	127,2	139,1	131,5	141,3
Sonstige Anlageinvestitionen	97,0	99,6	101,4	48,6	50,9	49,7	51,7
Inländische Verwendung	2545,5	2581,8	2630,7	1273,2	1308,6	1298,5	1332,2
Exporte	1281,8	1361,0	1409,4	663,4	697,6	695,9	713,5
Importe	1090,0	1155,8	1206,5	561,8	594,0	590,0	616,5
Bruttoinlandsprodukt	2736,4	2785,7	2833,0	1374,2	1411,5	1403,8	1429,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,1	1,9	1,7	2,1	1,7	1,9	1,5
Private Haushalte ²	0,9	1,8	1,7	2,0	1,6	1,8	1,5
Staat	1,7	2,0	1,8	2,1	2,0	1,9	1,6
Anlageinvestitionen	3,5	2,7	2,8	1,4	3,9	3,4	2,2
Ausrüstungen	4,5	4,5	3,8	3,4	5,6	4,2	3,5
Bauten	2,9	1,5	2,4	-0,4	3,2	3,4	1,6
Sonstige Anlageinvestitionen	3,1	2,7	1,8	2,7	2,7	2,2	1,5
Inländische Verwendung	1,3	1,4	1,9	1,1	1,7	2,0	1,8
Exporte	4,0	6,2	3,6	5,5	6,8	4,9	2,3
Importe	3,7	6,0	4,4	5,6	6,5	5,0	3,8
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,8	1,7	1,4	2,2	2,2	1,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	0,9	0,7	1,0	0,6	0,7	1,0	1,0
Konsumausgaben des Staates	2,3	1,7	2,2	1,6	1,8	2,3	2,0
Anlageinvestitionen	1,4	1,3	1,4	1,4	1,2	1,3	1,5
Ausrüstungen	0,2	0,1	0,1	0,3	-0,1	0,1	0,2
Bauten	2,3	1,8	2,0	1,8	1,8	2,0	2,0
Exporte	-0,1	1,3	0,5	1,2	1,3	0,8	0,4
Importe	-1,6	-1,1	-0,1	-1,3	-0,8	-0,2	0,1
Bruttoinlandsprodukt	1,7	2,0	1,5	2,0	2,0	1,7	1,4
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) in Mrd. Euro							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2055,0	2120,5	2183,4	1042,7	1077,8	1077,1	1106,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	271,6	281,4	289,5	135,7	145,6	140,0	149,5
Bruttolöhne und -gehälter	1213,7	1257,0	1295,6	600,7	656,3	619,8	675,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	569,7	582,1	598,3	306,3	275,9	317,3	281,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	409,7	442,8	465,4	197,5	245,2	214,4	251,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2464,7	2563,3	2648,8	1240,3	1323,0	1291,5	1357,3
Abschreibungen	517,8	531,8	546,7	264,3	267,5	271,7	275,0
Bruttonationaleinkommen	2982,4	3095,1	3195,5	1504,5	1590,5	1563,2	1632,3
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2176,2	2267,9	2345,6	1094,3	1173,6	1141,5	1204,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	690,9	729,5	760,5	357,9	371,6	381,7	378,8
Arbeitnehmerentgelt	1485,3	1538,4	1585,1	736,4	802,0	759,8	825,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,7	3,2	3,0	3,4	3,0	3,3	2,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,5	3,6	2,9	3,2	4,0	3,2	2,6
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	3,6	3,1	3,7	3,4	3,2	3,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,7	2,8	2,5	2,9	2,7	2,6	2,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	-0,2	2,2	2,8	2,8	1,5	3,6	1,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	9,1	8,1	5,1	4,0	11,6	8,5	2,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,7	4,0	3,3	3,5	4,5	4,1	2,6
Abschreibungen	2,5	2,7	2,8	2,6	2,8	2,8	2,8
Bruttonationaleinkommen	3,5	3,8	3,2	3,3	4,2	3,9	2,6
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	3,8	4,2	3,4	3,6	4,8	4,3	2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,8	5,6	4,2	3,7	7,5	6,7	1,9
Arbeitnehmerentgelt	3,8	3,6	3,0	3,6	3,5	3,2	2,9
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²							
a) in Mrd. Euro							
Masseneinkommen	1217,8	1257,5	1292,9	606,9	650,6	623,7	669,2
Nettolöhne und -gehälter	808,1	832,1	853,9	393,9	438,3	404,1	449,8
Monetäre Sozialleistungen	505,6	524,9	542,4	262,3	262,6	270,8	271,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	95,8	99,5	103,3	49,2	50,3	51,2	52,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	569,7	582,1	598,3	306,3	275,9	317,3	281,1
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-77,4	-82,2	-82,9	-41,3	-40,9	-41,9	-41,0
Verfügbares Einkommen	1710,1	1757,5	1808,4	871,9	885,5	899,0	909,3
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,6	50,6	51,1	25,0	25,6	25,2	25,9
Konsumausgaben	1592,2	1631,8	1675,2	796,9	834,9	819,5	855,7
Sparen	167,6	176,3	184,3	100,0	76,3	104,8	79,5
Sparquote (%) ⁶	9,5	9,7	9,9	11,1	8,4	11,3	8,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	3,4	3,3	2,8	3,4	3,1	2,8	2,9
Nettolöhne und -gehälter	3,6	3,0	2,6	3,1	2,9	2,6	2,6
Monetäre Sozialleistungen	2,7	3,8	3,3	4,1	3,5	3,2	3,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,4	3,9	3,8	4,1	3,7	4,0	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	-0,2	2,2	2,8	2,8	1,5	3,6	1,9
Verfügbares Einkommen	2,3	2,8	2,9	2,9	2,6	3,1	2,7
Konsumausgaben	1,9	2,5	2,7	2,7	2,3	2,8	2,5
Sparen	6,7	5,2	4,6	4,7	5,8	4,8	4,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2015		2016	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) in Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	659,6	686,8	710,2	343,3	343,5	355,8	354,5
Nettosozialbeiträge	481,9	500,3	517,3	242,8	257,5	251,3	265,9
Vermögenseinkommen	25,0	22,3	22,1	12,8	9,5	12,6	9,5
Sonstige Transfers	19,1	19,1	19,4	8,6	10,5	8,7	10,7
Vermögenstransfers	12,2	11,4	11,2	5,0	6,4	4,8	6,4
Verkäufe	101,5	105,8	110,2	49,4	56,4	51,4	58,9
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2
insgesamt	1299,6	1346,0	1390,7	662,0	684,0	684,7	706,0
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	378,7	396,5	416,2	190,0	206,4	200,4	215,9
Arbeitnehmerentgelt	224,6	230,7	237,1	110,7	120,0	113,7	123,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	51,5	44,6	42,6	22,0	22,6	20,7	21,9
Subventionen	25,5	26,3	26,5	13,1	13,1	13,3	13,3
Monetäre Sozialleistungen	451,0	470,5	488,1	235,1	235,4	243,7	244,4
Sonstige laufende Transfers	61,6	63,3	63,8	36,3	27,0	36,8	27,0
Vermögenstransfers	35,9	36,5	36,6	11,7	24,9	11,6	25,0
Bruttoinvestitionen	63,2	64,1	67,8	27,7	36,4	29,2	38,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,3	- 6,5	- 1,5	- 5,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7
insgesamt	1290,7	1326,1	1377,3	640,9	685,2	668,6	708,6
Finanzierungssaldo	8,9	19,9	13,4	21,1	- 1,1	16,1	- 2,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	3,5	4,1	3,4	4,6	3,7	3,6	3,2
Nettosozialbeiträge	3,7	3,8	3,4	3,9	3,7	3,5	3,3
Vermögenseinkommen	16,9	- 11,0	- 0,9	- 17,5	- 0,4	- 1,6	0,2
Sonstige Transfers	3,4	0,1	1,5	- 1,8	1,8	1,7	1,3
Vermögenstransfers	17,1	- 5,9	- 1,9	7,0	- 14,1	- 4,2	- 0,2
Verkäufe	2,0	4,2	4,2	3,8	4,6	4,0	4,3
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	3,8	3,6	3,3	3,7	3,5	3,4	3,2
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,6	4,7	5,0	4,6	4,7	5,5	4,6
Arbeitnehmerentgelt	2,7	2,7	2,8	2,5	2,9	2,7	2,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 8,1	- 13,3	- 4,5	- 17,0	- 9,5	- 5,7	- 3,4
Subventionen	4,6	3,1	1,0	5,1	1,1	1,0	1,0
Monetäre Sozialleistungen	2,8	4,3	3,7	4,7	4,0	3,6	3,8
Sonstige laufende Transfers	- 2,2	2,7	0,9	1,2	4,8	1,5	0,0
Vermögenstransfers	17,4	1,8	0,2	6,4	- 0,3	- 0,3	0,4
Bruttoinvestitionen	- 0,5	1,4	5,7	- 1,2	3,5	5,2	6,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	2,8	2,7	3,9	2,1	3,3	4,3	3,4
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Finanzierungssaldo des Staates	0,3	0,7	0,4	1,4	- 0,1	1,0	- 0,2

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – ⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen; ab 2015: eigene Prognose.